

BUND NRW



Jahresbericht 2016



Inhalt

Vorwort	3
Fairer Welthandel	4
Kohleausstieg	6
Bergbau-Altlasten	10
Neue Energie	11
NRW frackingfrei	12
Saubere Luft	13
Natur pur	14
BUND-Zentren für NRW	18
Agrarwende	20
Wasser ist Leben	23
Besser mobil	26
Mitmachverband BUND	28
Der BUND feierte Geburtstag	29
Anwalt der Natur	30
Unsere Finanzen	32
BUNDjugend aktiv	34
Impressum	39

Liebe Leserinnen und Leser, liebe Freundinnen und Freunde,

Ich freue mich, Ihnen hiermit unseren bun(d)ten Rückblick auf das Jahr 2016 präsentieren zu dürfen. Er spiegelt in beeindruckender Weise wider, wie vielseitig und erfolgreich der BUND auf Landesebene, mit seinen Arbeitskreisen, Orts-, Kreis- und Regionalgruppen unterwegs ist. Ob Energiewende, Klimaschutz, tiergerechte Landwirtschaft, der Schutz unserer biologischen Vielfalt oder die Umweltbildung – der BUND ist Motor, wenn es darum geht, unser Land Stück um Stück lebenswerter zu gestalten.

Im letzten Jahr ist uns und vielen anderen dies beim Thema Fracking gelungen. Viele Jahre hatte der BUND dafür gekämpft, diese umweltgefährdende und politisch rückwärtsgewandte Ausbeutung fossiler Energieträger zu stoppen. Mit dem neu aufgelegten Landesentwicklungsplan und dem hierin festgeschriebenen Verbot des Frackings ist dies letztlich gelungen.

Solche Erfolge muss man auch mal feiern. In 2016 taten wir dies anlässlich unseres 40. Geburtstags gleich dreimal: am Vorabend unserer Landesdelegiertenversammlung im Mai in Gelsenkirchen, mit unserem schon traditionellen Sommerfest im Juli – diesmal auf dem Hagener Marienhof – sowie am Freitagabend der Bundesdelegiertenversammlung im November, die wir anlässlich unseres Jubiläums nach Bonn einladen konnten.

Große mediale Wirksamkeit konnten wir in 2016 für die zentralen Umweltthemen Artenschwund und Artenkennerschwund erreichen, weil wir die bundesweite Hauptveranstaltung des GEO-Tags der Artenvielfalt in der Wahner Heide bei Köln mitveranstaltet haben. Es bleibt erstmal eine Daueraufgabe. Doch wir werden sie nur lösen, wenn wir hierfür immer wieder eine solche Öffentlichkeit erzielen können.

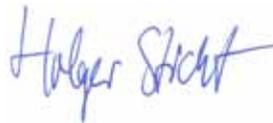
Der BUND macht überall im Lande vor, wie es geht: durch BUNDgruppen betreute Wälder, Wiesen und Weiden sind Blaupausen dafür, wie man mit dem Erhalt der biologischen Vielfalt eine der wichtigsten gesellschaftlichen Aufgaben meistert. Und in unseren Umweltbildungseinrichtungen wird für jeden Besucher, ob Bauer, Kleingärtner oder Nachbar, erlebbar, dass das sogar Spaß macht.

Ein weiteres BUND-Markenzeichen ist seine Unabhängigkeit von Politik und Wirtschaft. Unsere finanzi-

elle Basis sind die Mitgliedsbeiträge, auf institutionelle Förderung und zweifelhafte Spenden verzichten wir. Wir setzen bewusst auf die Menschen, die gerne Teil der guten Sache sind.

Ich danke allen Mitgliedern, Spendern und Mitarbeiter*innen! Sie alle haben dafür gesorgt, dass dieser Jahresbericht wieder eine Erfolgsbilanz geworden ist.

Herzlichst, Ihr



Holger Sticht

BUND-Landesvorsitzender



Fairer Welthandel

Die geplanten Freihandels-Verträge TTIP und CETA beschäftigen den BUND seit Jahren. Treten sie in Kraft, bedeutet dies, dass viele von uns erkämpften Errungenschaften zunichte gemacht würden. Das hieße Chlorhuhn und Fracking, Pflanzengift und Gentechnik, Sonderklagerechte für Konzerne statt Umwelt- und Verbraucherschutz. Die transatlantischen Freihandelsabkommen unterlaufen demokratische, ökologische und soziale Standards, für die die Zivilgesellschaft in Europa lange hat kämpfen müssen. Der BUND engagiert sich für einen fairen Welthandel – gegen TTIP und CETA.

Erfolgreicher Widerstand

Zusammen mit einem breiten Bündnis aus Zivilgesellschaft und Gewerkschaften machten wir auch in 2016 für einen ökologischen und fairen Welthandel mobil – mit Erfolg. Umfragen belegen, dass heute eine Mehrheit der Deutschen TTIP ablehnt. Auch Teile der Politik zeigten sich – wahrscheinlich nicht zuletzt auch wegen der Massenproteste – zunehmend skeptisch. Mit der Wahl des neuen US-Präsidenten scheint TTIP jetzt (vorerst) vom Tisch zu sein.

Kein Grund jedoch, jetzt im Widerstand nachzulassen. Denn auch das EU-Kanada-Abkommen CETA bedroht unsere Daseinsvorsorge. Viele BUND-Orts- und Kreisgruppen in Nordrhein-Westfalen machten deshalb

weiter gegen TTIP und CETA mobil. Mit Info-Ständen, Bürgeranträgen und Aktionen klärten sie auf, mobilisierten, erhöhten den Druck auf die Politik. In NRW geriet auch die SPD-Landesvorsitzende Hannelore Kraft in Erklärungsnot. Denn trotz Überschreitung der parteiintern beschlossenen „roten Linien“ gaben die Sozialdemokraten den Weg frei für CETA. Der BUND-Landesvorstand forderte Kraft deshalb auf, diesen unverantwortlichen Kurs zu revidieren.

Großdemo in Köln

Mehr als 320.000 Menschen haben am 17. September 2016 in sieben Städten gegen CETA und TTIP demonstriert. Klar und unmissverständlich forderten sie einen Stopp der Freihandelsabkommen mit Kanada und den USA. Allein in Köln demonstrierten 55.000 Menschen.

Zu der Demonstration in Köln aufgerufen hatte der BUND gemeinsam mit einem breiten zivilgesellschaftlichem Bündnis von Aktivistennetzwerken, Wohlfahrts- und Sozialverbänden, Umwelt- und Verbraucherschutzorganisationen, Globalisierungskritiker*innen, Jugendverbänden, Gewerkschaften, kirchlichen und entwicklungspolitischen Organisationen sowie Organisationen für Bürgerrechte, Kultur und nachhaltige Landwirtschaft. Der BUND stellte dabei einen großen farbenfrohen Demo-Block. Gruppen aus dem ganzen



© D. Jansen



© D. Jansen

Land waren angereist, um für eine fairen und gerechten Welthandel einzutreten. Anlaufpunkt war der von der BUND-Regionalgruppe Köln organisierte unübersehbare BUND-Infostand.

Mit ihrer Demo-Teilnahme haben die Demonstrierenden noch einmal bekräftigt: Die Bundesregierung muss endlich die Notbremse ziehen und das Nein der Bürgerinnen und Bürgerinnen zu CETA und TTIP respektieren.

Das Bündnis forderte, die Verhandlungen zu TTIP offiziell zu beenden und CETA weder zu ratifizieren, noch anzuwenden. Das Abkommen mit Kanada dürfe in keinem Fall vorläufig angewendet werden, bevor die nationalen Parlamente darüber abgestimmt haben.

Auch die Jugend war auf der Demo stark vertreten. BUNDjugend-Sprecherin Verena Leyendecker warb auf der Abschlusskundgebung mit einer engagierten Rede für eine Politik, die die Bedürfnisse von allen Menschen und der Umwelt wieder in den Fokus rückt. „Was bringt uns ein steigendes Bruttoinlandsprodukt, wenn dafür weiterhin Mensch und Umwelt ausgebeutet werden? Wenn wir unsere Lebensgrundlagen verfeuern? Wenn wir uns immer weiter für den Markt optimieren und die soziale Ungleichheit hier und auf der ganzen Welt immer größer wird?“, fragte sie.

Volksinitiative gegen CETA

Auf der Demonstration in Köln wurde auch die Volksinitiative „NRW gegen CETA & TTIP“ gestartet. Damit will das Bündnis die Landesregierung zwingen, CETA im Bundesrat abzulehnen. Damit der Landtag sich mit der Volksinitiative befasst, müssen sich mindestens 66.322 Bürgerinnen und Bürger in die Unterschriftenlisten eintragen.

Am 15. Februar 2017 hat das Europaparlament dem Freihandelsabkommen CETA zugestimmt. Aber damit ist das Abkommen noch längst nicht in trockenen Tüchern. Vielmehr hat sich der Widerstand gegen das demokratiegefährdende Abkommen

der EU mit Kanada vor unsere eigene Haustür verlagert. Damit CETA endgültig in Kraft treten kann, müssen noch 37 Parlamente in den Mitgliedsstaaten zustimmen. Wenn nur ein Parlament CETA ablehnt, kann das Abkommen nicht in Kraft treten. In Deutschland muss auch der Bundesrat „Ja“ sagen. Und in dieser Länderkammer kommt es auch auf die Stimmen aus NRW an.

Noch sammelt der BUND also gemeinsam mit seinen Partnern Mehr Demokratie e.V., ver.di, NABU und anderen

Unterschriften für den Stopp von CETA. Haben Sie schon unterschrieben?

➔ www.bund-nrw.de/themen/ttip-und-ceta



© D. Jansen



© D. Jansen

Kohleausstieg

Noch immer produzieren die besonders dreckigen und klimaschädlichen Braun- und Steinkohlekraftwerke mehr als 75 Prozent des in NRW erzeugten Stroms. Damit tragen sie mehr als die Hälfte der hierzulande ausgestoßenen etwa 280 Millionen Tonnen Treibhausgase bei. Klimaschutz heißt also Kohleausstieg. Dafür und für ein schnelles Ende der Braunkohlentagebaue setzt sich der BUND ein.

Garzweiler wird verkleinert

Jahrzehntelang hat der BUND gegen den Braunkohlentagebau Garzweiler II gekämpft. 2016 wurde es amt-

lich: Der Tagebau wird verkleinert, das Dorf Holzweiler mit seinen 1.300 Einwohner*innen bleibt die Umsiedlung erspart.

Trotz dieser deutschlandweit bislang einmaligen Entscheidung ist der Beschluss der Landesregierung halbherzig. Die neue Leitentscheidung beinhaltet kein Datum für ein vorzeitiges Tagebauende und hält am unverminderten Abbau in den Kohlegruben Hambach und Inden fest. Die NRW-Klimaschutzziele würden damit unerreichbar, lautete das BUND-Fazit. Denn drei Viertel der Kohle in den genehmigten Tagebaufeldern müssten im Untergrund verbleiben, wenn NRW seine im Landesklimaschutzgesetz verankerten CO₂-Reduktionsziele erreichen will. Deshalb drängt der BUND auf einen schnellen Braunkohleausstieg. Spätestens 2025, so die Forderung, muss Schluss mit der Braunkohle sein.

RWE will BUND enteignen

Seit vielen Jahren ist der BUND Eigentümer eines Grundstücks im geplanten Abbaufeld des Braunkohlentagebaus Hambach. Kurz vor dem Jahreswechsel 2015/2016 hat die RWE Power AG bei der Bezirksregierung Arnsberg die Zwangsenteignung dieses „Sperrgrundstücks“ beantragt. RWE begründet die Maßnahme damit, dass die bergbauliche Inanspruchnahme des Grundstücks für die „ordnungsgemäße Führung“ des



© H. Perschke

Tagebaus notwendig sei. Der BUND hält die Grundabretzung dagegen für unzulässig, da die Gewinnung und Nutzung der Braunkohle wegen der schwerwiegenden Umwelt- und Klimafolgen nicht dem Wohle der Allgemeinheit dient.

Wahrscheinlich wird der Streit um das Grundstück vor Gericht landen. Denn die Ackerfläche blockiert den Braunkohlen-Baggern den Weg. Das Grundstück und die alte Autobahntrasse der Autobahn A 4 markieren die von vielen Braunkohlekritiker*innen und Bürgerinitiativen postulierte „Rote Linie“. Sie soll sagen: „Bis hierhin und nicht weiter!“ Auch fachlich findet die Linie eine Begründung. Der BUND hatte vom Öko-Institut Freiburg berechnen lassen, wie viel Braunkohle in Hambach noch gefördert werden dürfte, wenn die Klimaschutzziele in Bund und Land noch erreicht werden sollen. Danach müssten drei Viertel der Kohle im Boden bleiben, was in etwa mit der „Roten Linie“ übereinstimmt.

Hambacher Wald retten

Bevor der Bergbau kam war der Hambacher Wald mehr als 4.000 Hektar groß. Doch dieser einzigartige Maiglöckchen-Stieleichen-Hainbuchenwald mit seinen vielen seltenen Tierarten soll bis auf wenige inselartige Reste abgeholzt werden, um an die bis zu 450 Meter tief lagernde Braunkohle zu gelangen. Dabei erfüllt der Wald alle Kriterien der europäischen Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie sowie der Vogelschutz-Richtlinie und hätte deshalb streng geschützt werden müssen. Zum Schutz des Bergbaus hat die Landesregierung dies allerdings unterlassen. Gegen diesen Naturfrevel wehrt sich der BUND seit Jahrzehnten: Mit verschiedenen Klagen und vielfältigen Aktionen haben wir versucht, die Bagger zu stoppen. Bislang vergeblich. Mit der Fortentwicklung des europäischen Umweltrechts steigen aber auch die juristischen Chancen. Aktuell klagt der BUND deshalb gegen die Fortführung des Tagebaus von 2020 bis 2030. Setzen wir uns vor Gericht durch, könnten 224



Hektar Wald gerettet werden. Eine Entscheidung wird im Juni 2017 fallen.

www.bund-nrw.de/braunkohle

Zukunft statt Braunkohle

Seit 10 Jahren setzt sich das maßgeblich vom BUND NRW initiierte Aktionsbündnis „Zukunft statt Braunkohle“ für die Energiewende und einen sozialverträglichen Ausstieg aus der Braunkohlenverstromung an. Zum 10-jährigen Bestehen hatte das Aktionsbündnis Ende September 2016 zum Forum „Wie geht's weiter ohne Braunkohle?“ nach Erkelenz eingeladen. Etwa 200 Teilnehmer*innen diskutierten dort mit Vertretern aus Wissenschaft, Politik, Gewerkschaften und Zivilgesellschaft über den Kohleausstieg.

Zum Abschluss des Forums verabschiedeten mehr als 50 Organisationen, Kirchen und Bürgerinitiativen





© M. Pichmaier/ideengrün

„So lasst uns denn ein Apfelbäumchen pflanzen...“

Zusammen mit Bürger*innen aus Erkelenz-Kuckum haben Aktive aus dem Rheinland und der Lausitz in dem unmittelbar vom Tagebau Garzweiler bedrohten Ort Kuckum als Zeichen der Hoffnung einen Apfelbaum gepflanzt. Die „Gubener Warraschke“ ist ein Mitbringsel aus dem ostdeutschen Braunkohlenrevier.

Die Lausitzer Braunkohlen-Kritiker traten die Heimreise aber nicht mit leeren Händen an. Im Tausch mit der „Gubener Warraschke“ gab es eine „Rheinische Schafsnase“ von der ehemaligen BUND-Obstwiese in Otzenrath. Diese war verfassungswidrig für den Tagebau Garzweiler zwangsenteignet und von RWE zerstört worden. Vorab hatte der BUND noch Reiser gesichert, aus denen „Garzweiler Zukunftsbäume“ geklont wurden. Die „Schafsnase“ hat nun einen Platz in Proschim (Lausitz) bekommen. Das alte sorbische Dorf soll für den neuen Tagebau Welzow-Süd weichen.

➔ www.zukunft-statt-braunkohle.de

ven den „Erkelenzer Appell für eine Energieversorgung ohne Braunkohle.“ Darin forderten sie, den Großteil der Braunkohle im Boden zu lassen, da die Pariser Klimaziele sonst verfehlt würden.

Dauer-Streitfall Kohlekraftwerk Lünen

Auch nach der Abweisung der BUND-Klage gegen das Trianel-Kohlekraftwerk Lünen durch das Oberverwaltungsgericht im Juni 2016 wird der Streitfall die Gerichte weiter beschäftigen. Denn der BUND legte Beschwerde gegen die Nichtzulassung der Revision ein. Jetzt muss das Bundesverwaltungsgericht entscheiden.

Das für viele Prozessbeobachter überraschende Urteil bleibt für den BUND nicht nachvollziehbar. Nach mona-

telanger aufwändiger Beweisführung der massiven Rechenfehler in den Trianel-Gutachten hatte das Gericht die Position des BUND anerkannt, dass die zusätzliche Schadstoffbelastung des FFH-Gebiets Cappenberger Wälder deutlich über der Erheblichkeitsschwelle liegt. Nach den Bewertungsmaßstäben des Gerichts wäre damit die Zusatzbelastung durch das Kohlekraftwerk unzulässig gewesen. Anstatt aber der BUND-Klage stattzugeben, wurde eine Sonderfallregelung konstruiert und der Weg für das Kraftwerk damit frei gemacht. Doch der BUND ist optimistisch, letztendlich zu obsiegen.

➔ www.bund-nrw.de/trianel_luene

Schwarzbau bleibt Schwarzbau

Auch die Auseinandersetzung um das ebenso überflüssige wie umweltschädliche Uniper-Kohlekraftwerk Datteln IV sprengt alle zeitlichen Dimensionen. Zwar hatte der BUND das Kraftwerk mit seiner erfolgreichen Klage zu Fall gebracht. Doch mit der so genannten Zielabweichungsentscheidung hatte die Landesregierung ein Hintertürchen für einen neuen Genehmigungsanlauf geöffnet. Anfang Januar 2017 erteilte die zuständige Bezirksregierung daraufhin eine neue immissionsschutzrechtliche Genehmigung. Dagegen hat der BUND eine neue Klage eingeleitet. Zuvor hatten wir schon gegen den neuen Bebauungsplan für den Kohlemeiler eine Normenkontroll-Beschwerde eingereicht.

Zehn Jahre dauert dieses Rechtsstreit nunmehr an; ein schnelles Ende ist nicht absehbar. Dabei fahren alle Steinkohlekraftwerke wegen der massiven Überkapazitäten am Strommarkt derzeit jährlich gigantische Verluste ein. Uniper wäre gut beraten, den Kraftwerks-schwarzbau endlich aufzugeben.

➔ www.bund-nrw.de/datteln



© D. Jansen



© D. Jansen

Finger weg von der Braunkohle!

Ausgerechnet der von verschiedenen Ruhrgebiets-Kommunen getragene Energiekonzern Steag plante die Übernahme der ostdeutschen Braunkohlensparte des schwedischen Staatskonzerns Vattenfall. Dabei ist das weder aus Klimaschutz- oder umweltpolitischer, noch aus ökonomischer Sicht ein Zukunftsmodell. Im Gegenteil: Die Steag würde sich damit den Weg für den notwendigen Umbau des Konzerns in Richtung erneuerbare Energien verbauen und die NRW-Kommunen für die Braunkohlen-Ewigkeitsfolgen in die Pflicht nehmen.

Zusammen mit Bürgerinitiativen machte der BUND gegen diese Pläne mobil: Mit Aktionen und lokalen Petitionen forderten wir die beteiligten Städte auf, den fragwürdigen Deal zu unterbinden. Mit Erfolg: Das Geschäft kam nicht zustande. Seitdem drängt der BUND in Gesprächen mit der Steag auf einen ökologischen Umbau des Unternehmens.

Weltmeisterkraftwerk in Düsseldorf

Auch wenn der BUND für einen schnellen und naturverträglichen Ausbau der erneuerbaren Energien wirbt, kommen wir derzeit noch nicht ohne fossile Energie als Backup für die Zeiten, in denen die Sonne nicht scheint und der Wind nicht weht, aus. Die am wenigsten umweltschädlichen und flexibelsten Kraftwerke dafür sind GuD-Anlagen auf Basis des Energieträgers Gas.

Ein schöner Erfolg ist es da, dass der BUND den geplanten Neubau eines Kohlekraftwerks in Düsseldorf verhindern konnte und dort stattdessen eines der modernsten Erdgaskraftwerke der Welt in Betrieb ging. Gemeinsam mit den Stadtwerken Düsseldorf konnten wir uns ein Bild von diesem „Weltmeisterkraftwerk“ machen. Der elektrische Wirkungsgrad liegt bei 61 Prozent und gemeinsam mit der ausgekoppelten Fernwärme und dem ergänzenden Warmwasserspeicher kommt das Kraftwerk auf einen Gesamtwirkungsgrad von über 85 Prozent. Das Gute daran: Es könnte auch mit regenerativ erzeugtem Gas betrieben werden. Gleichzeitig wird mit diesem Kraftwerk auch die These widerlegt, dass solche Modelle derzeit nicht wirtschaftlich seien.

➔ www.bund-nrw.de/themen/klima-energie/



© Archiv D. Jansen

Bergbau-Altlasten

Über eineinhalb Jahrhunderte hat der Steinkohlebergbau unser Land geprägt. 2018 ist endgültig Schluss mit der Förderung. Doch die Ewigkeitslasten bleiben. Nicht nur, dass wegen der Bergsenkungen auf unabsehbare Zeit die Grundwasserpumpen weiter laufen müssen, auch Giftstoffe unter Tage gefährden die Umwelt.

Doch auch der Braunkohlentagebau hinterlässt Langzeitfolgen, die bis heute nicht erfasst wurden. Der BUND setzt sich dafür ein, dass die Verursacher weiteren Schaden von Mensch und Umwelt abhalten.

Gift im Schacht

12.000 Tonnen krebserzeugender Polychlorierter Biphenyle (PCB) lagern noch immer in den Steinkohlenbergwerken in NRW. Früher wurde das Ultragift als nicht-brennbare Hydraulikflüssigkeit untertage eingesetzt. Doch 2001 wurde die Produktion weltweit verboten. Langsam aber stetig gelangt dieses Gift jetzt



über das ungereinigte Grubenwasser in unsere Flüsse, weshalb der BUND Strafanzeige wegen Gewässerverschmutzung gegen die Verantwortlichen der Ruhrkohle AG gestellt hat. Doch die Strafverfolgungsbehörde schlug sich auf die Seite des Bergbaus und stellte die Ermittlungen ein. Dagegen legte der BUND bei der Generalstaatsanwältin Beschwerde ein.

Trotzdem wird gehandelt. Dazu hat auch die umfangreiche Presseberichterstattung beigetragen. Die Landesregierung beauftragte unter Begleitung durch den BUND ein umfangreiches Gutachten, das den Handlungsbedarf belegte. Da PCB in der Umwelt nichts zu suchen hat, hoffen wir jetzt, dass nachträglich eine Grubenwasserklärung vorgeschrieben wird.

➔ www.bund-nrw.de/rag_altlasten

Ewigkeitslasten durch Braunkohle

Während die Braunkohle-Bagger weiter Landschaft fressen, bleibt die Allgemeinheit im Unklaren über die Ewigkeitsfolgen dieses Raubbaus an unseren natürlichen Lebensgrundlagen. Um Licht ins Dunkel zu bringen beauftragten der BUND, die Klima-Allianz Deutschland und andere ein Experten-Gutachten.

Dessen Fazit: Die von RWE für die Bewältigung der Langzeitfolgen gebildeten Rückstellungen sind weder sicher, noch in der Höhe annähernd ausreichend. Der BUND startete daraufhin eine Landtagsinitiative, mit dem Ziel der Erstellung eines unabhängigen Gutachtens zur Ermittlung des Finanzbedarfs. Auch müssten die von RWE gebildeten Rücklagen einem Stresstest unterzogen und die Bedienung der Langzeitfolgekosten über einen öffentlich-rechtlichen Fonds abgesichert werden. Auf der Landtagsanhörung warb der BUND auch dafür, RWE vorab eine Sicherheitsleistung abzuverlangen. Letztendlich scheiterte die Initiative an der SPD und den aus Koalitionsräson auf Linie gebrachten Grünen. Trotz dieser vertanen Chance wird der BUND das Thema weiterhin massiv voran treiben, um zu verhindern, dass letztendlich die Steuerzahler*innen die Ewigkeitskosten der Braunkohle tragen müssen.

Parallel dazu hat der BUND dafür gesorgt, dass die Umweltauswirkungen der wilden Verkipfung von Kraftwerksabfällen in den Tagebauen durch ein Gutachten der Landesregierung geklärt werden. Auch die Frage der Langzeitfolgen des Grundwasserwiederanstiegs nach Tagbauende wird jetzt im Rahmen eines Gutachtens umfassend nachgegangen.

➔ www.bund-nrw.de/ewigkeitslasten_braunkohle

Neue Energie

Wollen wir das Klima retten, müssen wir nicht nur alle Einsparmöglichkeiten nutzen, sondern auch die erneuerbaren Energien massiv ausbauen. Die Herausforderung ist, dies im Einklang mit dem Natur- und Artenschutz zu tun. Dafür setzt sich der BUND ein.

Doch nur etwa 13 Prozent der Stromerzeugung erfolgen heute durch Sonne, Wind, Biomasse und Co. Unser Land hat also im bundesweiten Vergleich einen enormen Nachholbedarf. Um diesen zu beseitigen, müssen aber die „ökologischen Leitplanken“ stimmen.

Erneuerbare Energien und Naturschutz

Der Windenergie kommt als „Lastpferd der Energiewende“ in NRW eine besondere Bedeutung zu. Im Jahr 2016 wurden in NRW 208 neue Windenergieanlagen mit einer Leistung von insgesamt 550 Megawatt installiert. Gegenüber dem Tiefstand aus dem Jahre 2010 mit 90 Megawatt konnte der Zubau um das Sechsfache gesteigert werden. Der Ausbau kommt also in Schwung.

Damit nicht auch die Konflikte zunehmen, hat sich das Forum „Erneuerbare Energien und Naturschutz“ etabliert. Moderiert vom NRW-Umweltministerium, entwickeln dort der BUND und andere Naturschutzverbände gemeinsam mit dem Landesverband Erneuerbare Energien tragfähige Konfliktlösungsstrategien. Auf einer gemeinsamen Tagung wurden so zum Beispiel die aktuellen Erkenntnisse zum Vogelschutz debattiert. Diese fließen derzeit in die Überarbeitung des Leitfadens „Windenergie und Artenschutz“ ein.

So ist es gelungen, trotz des Zubaus an Windenergieanlagen die meisten Konflikte im Vorfeld zu bereinigen. Doch nicht überall gelingt dies. Dann scheut sich der BUND auch nicht, vor Gericht zu ziehen, damit der Artenschutz nicht unter die Rotoren kommt.

➔ www.bund-nrw.de/energiewende

KlimaDiskurs.NRW

Die Energiewende erfordert eine tiefgreifende Transformation des Energiesystems. Das stellt die Akteure aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft vor große Herausforderungen – insbesondere in Nordrhein-Westfalen, das als größtes Industrie- und Energieland Deutschlands in der nationalen Klima- und Energiepolitik eine Schlüsselfunktion einnimmt. Deshalb hat der BUND zusammen mit anderen Stakeholdern den KlimaDiskurs.NRW e.V. gegründet.



© D. Jansen



© Steffen Höft/KlimaDiskurs.NRW

Der Verein hat sich inzwischen landesweit als Plattform etabliert, auf der die Stakeholder aus Wirtschaft und Verbänden strittige Fragen diskutieren und gemeinsame Lösungen entwickeln. Mit hochkarätigen öffentlichen Veranstaltungen, aber auch in vertraulichen Runden arbeiten wir so gemeinsam an der Zukunft.

Der Verein wird von der Stiftung Mercator sowie der Stiftung Umwelt und Entwicklung Nordrhein-Westfalen gefördert.

➔ www.bund-nrw.de/klimadiskurs

NRW frackingfrei



© D. Jansen

Der BUND NRW engagiert sich seit Jahren gegen Fracking. Der hartnäckige Einsatz war letztendlich von Erfolg gekrönt. Im Sommer 2016 hat die Landesregierung einen neuen Landesentwicklungsplan (LEP) beschlossen; am 8. Februar 2017 trat er in Kraft. Als verbindliches Ziel wurde darin der Ausschluss von Fracking in unkonventionellen Lagerstätten verankert. Die Gewinnung von Erdgas mittels Einsatz der Fracking-Technologie ist danach mit erheblichen Beeinträchtigungen des Menschen und irreversiblen Auswirkungen auf die Umwelt verbunden. Die mit dem Fracking-Einsatz verbundenen Risiken seien zu groß.

Die Landesregierung hat damit die BUND-Kritik übernommen. Doch sind damit die Gefahren durch das Bohren nach Erdgas gebannt? Leider nein.

Zum einen hat sich die Bundesregierung trotz unseres Drängens geweigert, Fracking grundsätzlich per Gesetz zu verbieten.

Zum anderen hat es die Landesregierung versäumt, alle Hintertürchen für riskante Methoden zur Förderung von Kohlenwasserstoffen definitiv zu schließen. Investoren haben noch immer nicht aufgegeben, Kohleflözgas mit Hilfe der vermeintlich frackingfreien Methode der so genannten Tektomechanik zu fördern. Dabei sollen die natürlichen Brüche und Risse im Gestein genutzt werden, um das Gas zu fördern.

Auch diese Methode ist wie alle Methoden zur Förderung von Kohlenwasserstoffen aus konventionellen und unkonventionellen Lagerstätten mit Risiken für

Mensch und Umwelt verbunden. Nicht zuletzt vor dem Hintergrund der Notwendigkeit der Energiewende lehnt der BUND diese Technologie zur Fortsetzung der Ausbeutung klimaschädlicher fossiler Energieträger ab. In einer einstimmig von der BUND-Landesdelegiertenversammlung 2016 verabschiedeten Resolution wird deshalb die Landesregierung aufgefordert, auch dieses Hintertürchen für „Fracking-light“ zu schließen.

➔ www.bund-nrw.de/fracking

Atomland NRW

Drohende Castor-Transporte von Jülich nach Ahaus, mögliche Atommüll-Exporte in die USA und die unendliche Geschichte um die Urananreicherungsanlage in Gronau - auch wenn in NRW längst kein Atomkraftwerk mehr läuft bleibt unser Land ein wichtiger Atom-Standort. Der BUND lässt deshalb nicht in seinem Kampf für den umfassenden sofortigen Atomausstieg nach.

Dazu kommt die akute Bedrohung durch die belgischen Pannenmeiler in unserer unmittelbaren Nachbarschaft. Die zwei Reaktoren Doel-3 und Tihange-2 weisen tausende, teils tiefe Rissbildungen in den Reaktordruckbehältern auf. Ein großer Unfall in einer oder mehrerer Anlagen würde sehr wahrscheinlich große Mengen von Radioaktivität auch nach Deutschland bringen. Trotzdem weigert sich die Belgische Regierung, die Atommeiler abzuschalten. Zu allem Überfluss werden die Schrottreaktoren auch noch aus den deutschen Uranfabriken in Gronau und Lingen mit Brennstoff beliefert.

Die Beispiele zeigen: Wir dürfen nicht nachlassen, ehe nicht die letzte Atomanlage geschlossen ist.

➔ www.bund-nrw.de/atomausstieg





Saubere Luft

Der Himmel über dem Ruhrgebiet scheint blau zu sein, trotzdem bleibt noch viel zu tun. Industrie und Kraftwerke sorgen nach wie vor für große Probleme der Luftreinhaltung. Von einer ökologischen Abfallwirtschaft sind wir noch weit entfernt. Und manchmal scheint der Störfall bei Chemiebetrieben zum Normalfall zu werden. Seit vielen Jahren mischt sich der BUND ein: Sei es bei immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren, der Aufstellung von Luftreinhalteplänen oder der Verfolgung von Umwelt-Straftaten. Unser Ziel: Gesundes Leben und ein zukunftsfähiges Wirtschaften.

Stickstoffdioxidbelastung bleibt hoch

Gegen alle Widerstände der Automobillobby wurden in NRW die innerstädtischen Umweltzonen durchgesetzt. Der Erfolg stellte sich rasch ein: Seit drei Jahren werden in ganz Nordrhein-Westfalen die Feinstaub-Grenzwerte eingehalten. Auch die vom BUND durchgesetzten Maßnahmen zur Senkung der Feinstaub-Emissionen der Braunkohlentagebaue trugen zur besseren Luft auch im Revier bei.

Doch die Belastung durch das ebenso gefährliche Stickstoffdioxid bleibt fast unverändert hoch. Spätestens seitdem der Dieselskandal öffentlich wurde, sieht sich der BUND in seinem langjährigen Einsatz für eine umweltfreundliche Mobilität bestätigt. Die Dieselstinker müssen raus aus den Städten!

In den Projektgruppen zur Fortschreibung der NRW-Luftreinhaltepläne setzen sich deshalb BUND-Aktive für

den Vorrang des Gesundheitsschutzes ein. Durch die ständige Medienpräsenz in Funk und Fernsehen machen wir weiter Druck auf die Behörden. Auch wenn die Forderung nach Dieselfahrverboten unpopulär ist, führt kein Weg daran vorbei. Nur so können die seit 2010 bindenden Grenzwerte schnell einhalten werden.

➔ www.bund-nrw.de/saubere_luft

Gefahr durch Quecksilber

Die NRW-Industrieanlagen sind für ein gutes Drittel des gesamtdeutschen Ausstoßes von Quecksilber verantwortlich. Etwa drei Tonnen des Nervengifts stammen aus NRW, wobei mehr als die Hälfte davon aus den Schornsteinen der RWE-Braunkohlenkraftwerke kommt. Aber auch die Steinkohlekraftwerke Datteln und Lünen emittieren trotz vorhandener Filtertechnik weiterhin erhebliche Mengen. Das Schwermetall reichert sich in der Nahrungskette an. In allen NRW-Gewässern liegt die Quecksilberkonzentration in Fischen deutlich über der Umweltqualitätsnorm. Wird Methylquecksilber über Fisch aufgenommen, kann es zu schweren gesundheitlichen Schäden führen.

Deshalb unterstützt der BUND die Quecksilberminderungsstrategie des Landes. In den entsprechenden Gremien, durch Vorträge und auch mit unseren Kraftwerks-Klagen tragen wir dazu bei, das Bewusstsein zu schärfen und die Gifteinträge in die Umwelt zu stoppen.

Unser Ziel: Aus der Kohleverstromung aussteigen und die Quecksilbereinträge auf null reduzieren.



© A. Baumgartner

Natur pur

Mehr als 43.000 Arten von Pflanzen, Tieren, Pilzen u.a. sind aus NRW bekannt. Fast die Hälfte von ihnen ist bereits gefährdet, und der Schwund der Biodiversität – der Artenvielfalt, der genetischen Vielfalt und der Vielfalt von Lebensräumen – hält weiter an. Der BUND kämpft auf allen Ebenen für die biologische Vielfalt, für artenreiche Kulturlandschaften und Orte, wo der Mensch Natur erleben kann.

Landesnaturenschutzgesetz novelliert

Feldhamster, Bekassine oder die Rautenfarn sind nur einige, der in Nordrhein-Westfalen vom Aussterben bedrohten Arten. Um den anhaltenden Trend des Artensterbens zu stoppen, forderte der BUND seit langem ein echtes Landesnaturenschutzgesetz. Mit Stellungnahmen zum Gesetzentwurf der Landesregierung, in Landtagsanhörungen und durch fortlaufende Medienpräsenz haben wir dafür geworben.

Im November 2016 verabschiedete der Landtag dann das neue Gesetz. Damit werden fortan der Biotopverbund gestärkt sowie bedrohte Lebensräume und Wildnisentwicklungsgebiete besser geschützt. All dies galt es gegen heftige Widerstände durchzusetzen. Gemessen an dem Notwendigen, ist der BUND zwar noch nicht zu-

frieden. Aber dem Erhalt unserer Artenvielfalt sind wir zumindest ein Stückchen näher gekommen.

Wildkatzenbotschafter als Exportschlager

Wildkatzen-Schutz ist ein zentrales BUND-Merkenzeichen. Mit dem BUND-„Rettungsnetz Wildkatze“ bieten wir Natur- und Wildkatzenfreund*innen viele Möglichkeiten, für unsere scheuen „Tiger“ und die Wiedervernetzung unserer Wälder aktiv zu werden. Und immer mehr Erfolge stellen sich ein. Denn die Wildkatzen breiten sich deutschlandweit aus. Der landesweite Bestand wird insgesamt auf etwa 300 bis 400 Exemplare geschätzt. Hauptverbreitungsgebiete sind die Eifelregion, das Sauerland, die Egge und das Oberwälder Bergland im Kreis Höxter. Auch die Anzahl an Aktiven, die sich vom BUND als Wildkatzenbotschafter*innen ausbilden lassen, nimmt in ganz Deutschland zu.

Seit 2014 in der Eifel in NRW die ersten Botschafter*innen ausgebildet wurden, hat sich das nordrhein-westfälische Konzept in drei weiteren Bundesländern etabliert. Mittlerweile gibt es 45 Wildkatzenbotschafter*innen in NRW, in Hessen 35, Bayern 24, Sachsen 23. Diese 128 Aktiven setzen sich für den Schutz und die Förderung der Tierart direkt in ihren Wohnorten oder Lieblingslandschaften ein. Erfreulich ist auch die Beständigkeit der Botschafter*innen. Von den 45 ausgebildeten ehrenamtlich Aktiven sind drei Viertel nun auch schon im dritten Jahr dabei. Umfang und die Art der eigenen Aktivitäten sind individuell ganz unterschiedlich. Mindestens einmal im Jahr treffen sich die Wildkatzenbotschafter*innen in NRW und nun auch deutschlandweit.

Aus den guten Erfahrungen heraus werden nun auch in Ostwestfalen-Lippe Schulungen angeboten. Zusammen mit der Eifel, dem Rhein-Sieg-Kreis, dem Rhein-Bergischen und dem Arnsberger Wald werden dann alle wildkatzenreichen Gebiete NRWs durch Botschafter*innen abgedeckt. Auf dass sich die Wildkatze in unseren Wäldern bald noch wohler fühlen werden!

www.bund-nrw.de/wildkatze



© G. Aschoff

Neue Heimat für Mauersegler

Wärmedämmung an Gebäuden ist gut, darf aber nicht zu Lasten der Gebäudebrüter gehen. Deshalb hat der BUND mit Unterstützung der „Naturfotografen for nature“ an der Landesgeschäftsstelle in Düsseldorf neun Nistkästen für Mauersegler montiert. In der Nähe befindet sich bereits eine Mauerseglerkolonie. Es ist daher sehr wahrscheinlich, dass die Nisthilfen in der neuen Brutsaison gut angenommen werden.

Mauersegler leben mit Ausnahme der Brutzeit ausschließlich in der Luft und schlafen auch im Flug. Ihre schrillen Rufe und ihr extrem schneller Flug sind sehr auffällig. Bei ihren rasanten Manövern können sie im Sturzflug Geschwindigkeiten von mehr als 200 km/h erreichen. Als ursprüngliche Felsbewohner nutzen die Vögel in den Städten Hohlräume an Gebäuden als Brutplatz.

Doch diese werden immer seltener. Viele ältere Häuser erhalten aus energetischen Gründen nachträglich eine Wärmedämmung. Die Nistmöglichkeiten für Mauersegler und andere Gebäude brütende Tierarten gehen dabei häufig verloren: Schlupflöcher im Mauerwerk, hinter Fallrohren, Rollladenkästen und vor allem unter den Dachpfannen werden bei der Wärmedämmung verschlossen. Der Bestand des Mauerseglers nimmt daher seit Jahren ab. Diesem Trend wirken wir in vielen lokalen Mauersegler-Projekten entgegen.

Willkommen Biber

Er ist unentgeltlich arbeitender Landschaftsarchitekt, Ökoingenieur und Gewässer-Renaturierer – der Europäische Biber. Erst über Aussetzungsprojekte wurde er hierzulande wieder heimisch, seitdem ist er auf dem



© Ch. Falk, Klaus Roggel/wikimedia



Vormarsch. Etwa 650 Tiere leben wieder in Nordrhein-Westfalen, unlängst wurden sogar schon erste Exemplare in Düssel und Wupper gesichtet.

Nicht alle heißen unseren Biber willkommen: Insbesondere Landwirte machen gerne gegen den fleißigen Nager mobil. Um über den Biber und seine Lebensweise aufzuklären sowie Vorurteilen ihm gegenüber entgegen zu wirken, hat der BUND eine Biber-Homepage, gefördert durch die Stiftung Umwelt und Entwicklung NRW, an den Start gebracht. Dort steht alles Wissenswerte über den Großnager und seine Rückkehr nach Nordrhein-Westfalen: Wie man ihn erkennt und wie er lebt. In welchen Gewässern er bereits zu finden ist und wo er sich noch ausbreiten könnte. Außerdem sind mögliche Konflikte und deren Lösungsmöglichkeiten beschrieben.

Nun soll ein weites Netz an Biberberatern ausgebildet werden, die im Namen des BUND, vor Ort bei Fragen und zur Beratung zum Biber unterwegs sind.

➔ www.biber-nrw.de



© Leopold Kanzler

Jagdliche Befriedung

Teile des von der BUND Ortsgruppe Dülmen betreuten Naturschutzgebiets „Welter Bach“ sind als erste Fläche im Kreis Coesfeld jagdlich befriedet worden – ein wichtiger Erfolg des BUND.

Die privaten Eigentümer des Grundstücks hatten bereits im Frühjahr 2014 mit fachlicher Unterstützung des BUND einen Antrag auf jagdliche Befriedung gestellt. Erst nach Klageerhebung schloss die Kreisverwaltung das von ihr verzögerte Verfahren ab – zu Gunsten der im Gebiet brütenden Weißstörche, Brachvögel und Nonnengänse. Problematisch bleibt aber die Jagd in den benachbarten Schutzgebietsflächen. Hier ist unter anderem der BUND Eigentümer, der sich als juristische Person bislang nicht von der Jagd auf seinen Grundstücken befreien darf. So werden auch die streng geschützten Arten während der Brutzeit durch die Jagd beispielsweise auf die Ringeltaube massiv gestört – mitten im Naturschutzgebiet. Dennoch ist das erfolgreiche Engagement der BUND Ortsgruppe Dülmen ein bedeutender Schritt für den Schutz gefährdeter Arten vor der Jagd.

Erlebnis Artenvielfalt

Ein besonderes Highlight war der vom BUND als Partner der Zeitschrift GEO im Juni 2016 ausgerichtete GEO-Tag der Artenvielfalt auf der Heideterrasse bei Köln. Der GEO-Tag ist die größte Feldforschungsaktion Europas. Unter dem Leitmotiv „Biotopverbund“ schwärmten dutzende junger wie alter Feldforscher*innen in die Wahner und Dellbrücker Heide aus, um die biologische Vielfalt sichtbar und erlebbar zu machen.

Lohn der Mühe war nicht nur die Erfassung von mehr als 800 Arten, sondern auch eine umfangreiche Berichterstattung in Zeitungen, Zeitschriften und Fernsehen.



Als Sensation gilt der Erstdnachweis einer Süßwasserquallen-Art, die einem 13-jährigen Nachwuchsforscher gelang. Auch konnten erstmals gefährdete Fledermausarten wie die Bechsteinfledermaus in diesem Naturraum belegt werden.

Ein umfassendes Begleitprogramm mit Vorträgen, Exkursionen und einer hochkarätig besetzten Abschlussveranstaltung rundeten den Tag ab. Ein rundweg positives Fazit zog deshalb der BUND-Landesvorsitzende Holger Sticht: „Nur was wir kennen, können wir auch schützen. Der GEO-Tag diente auch dazu, für Artenkenntnis zu werben und Interesse auch für nicht so populäre Artengruppen wie Tausendfüßer oder Wanzen zu wecken.“

www.bund-nrw.de/geotag

Gegen Vogeltod an Glasfassaden

Vogelschlag an Glas war bis vor wenigen Jahren für die meisten Menschen noch ein unbekanntes Thema. Dass mehr als 18 Millionen Vögel jedes Jahr durch eine Kollision mit Glas zu Tode kommen ist vielen nicht bewusst. Besonders die Verantwortlichen scheinen sich ihrer Verpflichtung gegenüber dem Artenschutz nicht bewusst zu sein. Denn es gibt Artenschutzgesetze, die in der Bauleitplanung umgesetzt werden müssten. Hier setzte das „Vogelschlag-Projekt“ des BUND, gefördert durch die Stiftung Umwelt und Entwicklung NRW (SUE), an.

2016 wurden die Aktivitäten verstärkt: Architekten, Behörden und Bauherren wurden mit unserer Broschüre durch Hilfe der BUND-Aktiven vor Ort aufgeklärt und zum Handeln aufgefordert. Bei der BUND-Vogelschlag Tagung, die vom deutschlandweiten Fachpublikum gut



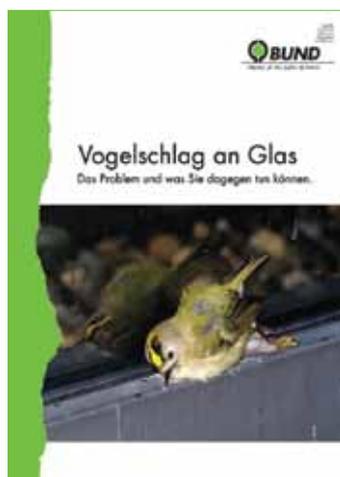
© J. Vorfelder für GEO; D. Jansen



© L. Hlasek

besucht war, wurden der aktuelle Wissenstand zusammengetragen und künftige Wege der besseren Umsetzung diskutiert.

Naturschutzbehörden, wie die der Städte Duisburg, Köln und Mettmann, forderten aufgrund von Stellungnahmen, die in Zusammenarbeit von Ehren- und Hauptamtlichen des BUND einstanden waren, teilweise die vogelfreundliche Bauweise in ihren Artenschutzgutachten. Die Ergebnisse können hoffentlich bald im jeweiligen Stadtbild betrachtet werden.



Zahlen der durch Kollision sterbenden Vögel konnte dadurch bestätigt werden.

Außerdem wurde das erste Mal in Deutschland ein großes Vogelschlag-Monitoring in Bochum durchgeführt, bei dem sowohl verunglückte Vögel als auch Vogelabdrücke gezählt wurden. Die erschreckend hohen

Dank einer neuen Förderung durch die SUE startete im Dezember 2016 ein Folgeprojekt mit einer erneuten Laufzeit von zwei Jahren.

➔ www.bund-nrw.de/vogelschlag

Schmetterling des Jahres 2016: Stachelbeerspanner

Seit vielen Jahren kürt die BUND NRW Naturschutzstiftung zusammen mit der Arbeitsgemeinschaft Rheinisch-Westfälischer Lepidopterologen den Schmetterling des Jahres. 2016 wurde der Stachelbeerspanner (*Abraxas grossulariata*) auserkoren. Der Nachtfalter steht auf der Roten Liste und wird bundesweit als gefährdet, in Nordrhein-Westfalen sogar als stark gefährdet eingestuft.

Wie viele andere Schmetterlingsarten wird der Stachelbeerspanner vor allem durch die intensive Forstwirtschaft bedroht. Monokulturen aus Kiefern und Fichten verdrängen die früher lichtdurchfluteten Wälder und rauben dem Falter zunehmend den Lebensraum. Da Stachelbeerspanner bevorzugt auch in Flussniederungen leben, gehört der Rückgang der Auwälder ebenfalls zu den Ursachen für seine Gefährdung.

➔ www.bund-nrw.de/schmetterling-des-jahres

BUND-Zentren für NRW

Im Mai 2016 hatte die Landesdelegiertenversammlung des BUND mit dem „BUND-Zentrum“ die Einrichtung eines neuen Verbandsinstruments beschlossen. Es geht hierbei um eine dauerhafte, verbandseigene Förderung von BUND-Initiativen, die beispielsweise mit der Betreuung von Schutzgebieten oder mit dem Betrieb einer Umweltbildungseinrichtung kontinuierlich fordernde und wachsende Aufgaben zu bewältigen haben. Ziel ist es, die flächenhafte Präsenz des BUND zu stärken und hierüber gesellschaftlichen Wandel zu befördern. Denn der ehrenamtliche Natur- und Umweltschutz ist der Schlüssel wenn es zum Beispiel darum geht, Nachhaltigkeit in allen Lebensbereichen zu implementieren oder den Schwund von biologischer Vielfalt aufzuhalten.

In der Vergangenheit waren solche BUND-Initiativen häufig in anderen Trägerkonstrukten aufgegangen. Dort aber lief das Engagement vielfach ins Leere, weil es keine wirkliche Mitbestimmung gibt, nicht der ganzheitliche Umweltschutzansatz des BUND gewählt wird oder keine Möglichkeiten bestehen, um politisch aktiv zu werden. Der BUND selbst bietet hierfür die beste Anlaufstelle und nun auch das geeignete Verbandsinstrument.

Seitdem wurden bereits drei BUND-Zentren gegründet: der BUND-Naturerlebnisgarten in Herten, die BUND-Naturoase Soest und das BUND-Zentrum Rhein-Sieg mit mehreren Einrichtungen und einer Flächenbetreuung von über 100 Hektar. Vier weitere BUND-Zentren sind derzeit in Vorbereitung.

BUND-Naturerlebnisgarten Herten

Seit 1998 vermittelt ein Team von derzeit vier Umweltpädagog*innen auf einem ehemaligen Parkplatz

der Zeche Schlägel & Eisen mit viel Elan, Fachwissen und Kreativität Kenntnisse zur Natur und bringt sein Wissen in den Schulunterricht und den Kindergartenalltag, aber auch in die außerschulische Umweltbildung ein. Für ihr langjähriges erfolgreiches Engagement wurde die Initiatorin des BUND-Naturerlebnisgartens Sigrun Zobel 2016 von Hubert Weiger, dem Bundesvorsitzenden des BUND, mit der Ehrennadel des Verbandes ausgezeichnet.

Rund 6.000 Kinder kommen jährlich zum Naturerlebnisgarten. Um auch Menschen mit Einschränkungen einen barrierefreien Besuch zu ermöglichen, stellte die Nordrhein-Westfalen-Stiftung dem BUND in 2016 einen Zuschuss in Höhe von 23.000 Euro zur Verfügung. Mithilfe von Flüchtlingen konnten beispielsweise Wege geebnet und Hochbeete für Rollstuhlfahrer angelegt werden. In einer Kooperation mit dem „Haus der Kulturen“ wurden dabei über einen Zeitraum von neun Monaten auch 20 Flüchtlinge eingebunden. Neben einer Qualifikation für praktische Arbeiten erwarben sie auch Kenntnisse über Pflanzen, Tiere, Naturräume und ökologische Zusammenhänge. Dabei lernten sie auch die Wertschätzung des Naturschutzes hierzulande kennen, denn in den meisten Heimatländern der Flüchtlinge ist die Natur nicht geschützt.

Diese Verbindung von Integration, Inklusion und der Vermittlung von Naturschutzziele in diesem Pilotprojekt sei überzeugend, so die NRW-Stiftung. Für die Flüchtlinge erhöhe sich dabei die Chance, in der Garten- oder Landschaftspflege einen Ausbildungs- oder Arbeitsplatz zu finden.

www.bund-naturerlebnisgarten.de



© D. Jansen; S. Zobel

BUND-Naturoase in Soest

Wo früher tatsächlich ein Schlachthof war, ist heute ein Kulturzentrum mit einem Lehr- und Lerngarten, dem BUND-Naturerlebnispark Naturoase. Ein Naturschatz, mitten in Soest, umgeben von Wohnhäusern. Seit ihrer Gründung im Jahr 2014 bietet die BUND Ortsgruppe Soest/Welver in der Naturoase für Kinder von fünf bis 12 Jahren Umweltbildung an. Die Kinder erforschen und entdecken die Natur mit allen Sinnen.

Der Garten wurde Ende der 1980ziger Jahre als ökologischer Garten mit einem Biotop, einer Pergola, einer Kräuterspirale und einer Steinmauer angelegt. Später kamen noch die jetzigen Staudenbeete hinzu. Das Soziale Entwicklungsnetz (SEN e.V.) übernahm Pflegemaßnahmen, bevor im „Zauber“-Garten mit Kindern kreativ mit Naturmaterialien gebastelt wurde. Nach einem längeren Dornröschenschlaf wurde 2012 der „Garden of Nature“ wiederbelebt durch die BUNDjugend NRW.

Aber auch für Erwachsene wird einiges geboten. Ob Feuerküche, Obstbaumschnitt, Kräuterspiralenbau und Heilkräuterführungen - Umweltbildung wird für alle Generationen groß geschrieben. Aktuell ist ein Urban Gardening-Projekt dazu gekommen. Vier Gemeinschaftsgärtner und die BUND-Jugendgruppe unterhalten je ein ökologisch kultiviertes Beet zum eigenen Gemüseanbau. Sie treffen sich regelmäßig zum Rasenmähen, Wege entkrauten, zum Gehölzschnitt oder zu Reparaturarbeiten, um die Naturoase gemeinschaftlich in Ordnung zu halten.

➔ www.bund-soest-welver.de/themenprojekte/bund_naturerlebnispark_naturoase/

BUND-Zentrum Rhein-Sieg

Auch der BUND Rhein-Sieg-Kreis ist seit 2016 „BUND-Zentrum“. Damit wird die in den letzten Jahren geleistete herausragende Aufbauarbeit anerkannt. Aktuell betreut die Gruppe mit über 100 aktiven Ehrenamtlichen, sechs Bundesfreiwilligen und zwei 450 Euro-Kräften weit über 100 Hektar an Biotopflächen und ist selbst angemeldeter landwirtschaftlicher Betrieb. Mit Unterstützung ihres „Bufo-BUND-Umweltbildungsbusses“ baut sie systematisch das Angebot in der Umweltbildung aus, unterhält eine Wildvogelauffangstation mit etwa 800 Patienten im Jahr, und entwickelt neben der Geschäftsstelle ein Wiesen- und Weidenzentrum.

Nach langer Vorbereitung sind seit Ende Oktober 2016 Zottel, Rosa und Paula für den BUND als Biotoppflegerinnen aktiv. Die drei Galloways fressen in einem neu eingerichteten BUND-Dauerbeweidungsprojekt in Windeck-Röcklingen in der Flussaue der Sieg gegen Gras, Herkulesstaude und Verbuschung an. Den Tieren stehen aktuell etwa 6,5 Hektar zur Verfügung, in den nächsten Monaten wird die Kulisse auf etwa 13 Hek-



tar erweitert. Die Tierzahl wird bei Bedarf angepasst, also noch etwas erhöht. Alle drei Rinder wurden mit GPS-Halsbändern ausgestattet, die im Rahmen eines Forschungsprojekts vom Institut für Landtechnik und Tierhaltung des Bayerischen Landesamtes für Landwirtschaft zur Verfügung gestellt werden. Damit lassen sich die Tiere orten und auch Bewegungsprofile erstellen, die für die fachliche Auswertung der Vegetationsentwicklung aufschlussreich sind.

Die ganzjährige Beweidung mit wenigen Weidetieren auf großer Fläche, also mit nur 0,2 bis 0,5 Tieren pro Hektar, dient der naturschutzfachlichen Entwicklung. Zielarten sind zum Beispiel die Maculinea-Falter, Vogelarten wie der Wachtelkönig, das Schwarzkehlchen oder der Neuntöter. Diese Arten profitieren von den entstehenden kleinräumigen Biotopstrukturen.

➔ www.bund-rsk.de

Agrarwende

Fast die Hälfte der NRW-Landesfläche wird landwirtschaftlich genutzt. Das hat maßgeblichen Einfluss auf die Pflanzen- und Tierwelt, unsere Gewässer, den Boden und das Landschaftsbild. Hohe Nitratwerte belasten das Grundwasser, der Schwund an Ackerwildkräutern ist dramatisch. Der Einsatz für eine umwelt- und tierschutzgerechte Landwirtschaft und eine gesunde Ernährung ist deshalb seit jeher eines der Kernthemen des BUND in Nordrhein-Westfalen.

Auch 2016 mischten wir uns gemeinsam mit unseren Gruppen vor Ort beherzt und streitbar in politische und öffentliche Diskussionen ein und drängten auf eine Neuausrichtung der Agrarpolitik. Wir unterstützten Anwohner*innen und Initiativen und standen vielfach den Medien Rede und Antwort.

Wir haben es satt!

Bereits im sechsten Jahr hintereinander machten wir uns auf den Weg ins winterliche Berlin. Angeführt von 70 Traktoren zogen wir im Januar 2016 zusammen mit 23.000 Umwelt- und Tierschützer*innen, Imker*innen und kritischen Verbraucher*innen durch das Regierungsviertel. Unsere Botschaft: Wir haben die Agrarindustrie,

den Niedergang der Artenvielfalt und die Intensivtierhaltung satt! Für eine umweltgerechte, bäuerliche Landwirtschaft, faire Preise und fairen Handel und ein Stopp der Verhandlungen über TTIP und CETA!

Erneut organisierten BUND-Gruppen im Rheinland, Münsterland und Ostwestfalen und die BUNDjugend NRW die gemeinsame Anreise mit Bus und Bahn und mobilisierten vor Ort. Diese bunte und lebendige Mischung von Menschen, die gemeinsam etwas ändern möchten, ist ein starkes Signal und motiviert uns, nicht nachzulassen.

➔ www.bund-nrw.de/wir-haben-es-satt

Keine Giftrückstände in Lebensmitteln!

Gleich mehrfach galt es, gegen den massiven Einsatz von Pestiziden die Stimme zu erheben. Anlässlich der Hauptversammlung der Bayer AG in Köln protestierten wir gegen die von dem Unternehmen hergestellten bienengefährdenden Gifte wie Thiaclopid und deren Rückstände im Honig. Wir riefen die Aktionäre dazu auf, sich gegen die Verunreinigung des Honigs mit Pestiziden und für den Ausstieg des Konzerns aus bienengefährlichen Chemikalien einzusetzen.



© D. Jansen

Eine unserer wichtigsten Auseinandersetzungen wendete sich gegen die geplante Wiedezulassung von Glyphosat – das meistverkaufte Unkrautvernichtungsmittel der Welt. Es wird auf fast 40 Prozent der deutschen Äcker eingesetzt und trägt somit maßgeblich zum Artensterben in unserer Agrarlandschaft bei. Laut Krebsagentur der Weltgesundheitsorganisation ist es „wahrscheinlich krebserregend“ beim Menschen. Gemeinsam mit dem BUND-Bundesverband trugen wir das Thema mit einer großen Online-Kampagne weit in die Öffentlichkeit und bauten politischen Druck auf. So gelang es zusammen mit weiteren Organisationen, die Bundesregierung von einer Zustimmung auf EU-Ebene abzubringen und vorerst zu verhindern, dass die EU-Kommission Glyphosat für weitere 15 Jahre wiederzuließe. Am Ende gab es eine Verlängerung für 1,5 Jahre und eine erneute Überprüfung des Gifts durch die Europäische Chemikalienagentur. Wir bleiben am Ball!

Aktuell unterstützen wir die Europäische Bürgerinitiative gegen Glyphosat.

➔ www.bund-nrw.de/stoppt-glyphosat



© M. Virencz/BUND

Artgerechte Tierhaltung, weniger Gülle

Auch in NRW fristen Millionen von Tieren in drangvoller Enge und unter massiven Antibiotikaeinsatz ein kurzes tristes Dasein. Schnabelspitzen und Schwänze werden durchweg amputiert, männliche Eintagsküken getötet. Auslauf ins Freie? Fehlanzeige! Der BUND-Landesverband und viele unserer Gruppen vor Ort kämpfen mit Leidenschaft gegen die Intensivtierhaltung und ihre Folgen, so u.a. im Kreis Viersen und in Marl. Auf Landesebene brachten wir uns an vielen Stellen in politische Vorgänge ein, ebenso wirkt der BUND im Landestierschutzbeirat mit.

Eine unmittelbare Auswirkung der Intensivtierhaltung ist die starke Belastung des Grundwassers in NRW mit Nitraten: Viel zu viele Tiere scheiden Unmengen an Exkrementen aus. Eine grundlegende Verbesserung ist daher nur durch Absenkung des Fleischverzehr und eine andere Art der Tierhaltung möglich. Vor allem die BUND-Gewässerschutzexperten beackerten diese Thematik hochengagiert, zeigten landauf landab Fehlentwicklungen auf und drangen auf eine konsequente Umsetzung der EU-Nitratrichlinie in Form der Düngverordnung.

➔ www.bund-nrw.de/guelle

Kundig und meinungsfreudig

Der BUND beantwortete im Jahr 2016 erneut zahlreiche Anfragen von Medien, anderen Verbänden und aus der Bevölkerung zu diesen und vielen anderen Themen. Wir beteiligten uns mit Referent*innen an diversen Veranstaltungen und brachten unsere Positionen in den

'Dialog Landwirtschaft und Umwelt' des NRW-Umweltministeriums, den Begleitausschuss zum 'NRW-Programm Ländlicher Raum' sowie in viele Fachgespräche ein. Seit vielen Jahren beteiligen wir uns finanziell an vorbildlichen Agrarprojekten wie dem „Märkischen Landmarkt“ und der „Upländer Bauernmolkerei“.

Unser Dank gilt einmal mehr all denjenigen, die sich an den vielfältigen Aktivitäten beteiligt und unsere Arbeit und online-Kampagnen unterstützt haben!

Naturschutz braucht Macher

Streuobstwiesen mit ihren starkwüchsigen, hochstämmigen Obstbäumen und dem als Wiese oder Weide genutzten Grünland sind wertvoller Lebensraum für viele Tierarten. Vor allem Vögel, Käfer, Schmetterlinge und Kleinsäuger profitieren von dem reichhaltigen Angebot an Höhlen, Blüten und herabfallenden Früchten. Der Einsatz von Pestiziden ist hier tabu. Die vielen hundert traditionellen und altbewährten Obstsorten sind zugleich ein kostbares Kulturgut.

Doch ein Großteil der Streuobstwiesen ist infolge ungebremster Bebauung und geschwundener Wirtschaftlichkeit in ihrem Bestand akut gefährdet. Dieser Entwicklung wirken BUND-Aktive seit vielen Jahren entgegen, so in Bochum, Dortmund, Waltrop, Schwerte, Herne, Hürth, Köln, im Rhein-Sieg-Kreis, in Aachenland, in den Kreisen Neuss, Düren und Coesfeld und in Lemgo. Sie legen komplett neue Obstwiesen an, pflanzen Bäume nach und pflegen die Streuobstbeständen, organisieren Schnittkurse, beraten und besuchen mit kleinen Saftpressen Kindergärten und Schulen, um jungen Men-



© D. Jansen, BUND Bochum

schen die Vielfalt unseres heimischen Obstes näherzubringen. Die BUND-Ortsgruppe Lemgo betreibt zudem eine bundesweit beachtete Obstsortendatenbank.

Herausragend sind die ‚Apfelsaft-Projekte‘: BUND-Gruppen kaufen den Erzeugern von Streuobst ihre Früchte ab und schaffen so einen Anreiz, ihre Flächen auch weiterhin umweltgerecht zu bewirtschaften und zu erhalten. Der aus den Streuobstäpfeln gewonnene Saft wird regional vermarktet und Naturschutz und gesunde Ernährung gehen so Hand in Hand.

Wir zeigen: Naturschutz lebt vom Mitmachen!

Sie möchten auf Ihrer Obstwiese oder in Ihrem Hausgarten altbewährte Äpfel, Birnen, Süß- oder Sauerkirschen, Pflaumen, Zwetschen oder Renekloden pflanzen? Sie suchen eine Baumschule in Ihrer Nähe?

➔ www.bund-nrw.de/obstwiesenschutz

BUND-Landpartie – Ausflüge in die Praxis

Der BUND führt intensiv und regelmäßig den Austausch mit der Landwirtschaft – nicht allein mit Verbänden, sondern auch mit der Praxis, also Bäuerinnen und Bauern in NRW, die in ihren Betrieben Tiere halten, Obst und Gemüse erzeugen oder Getreide und Kartoffeln anbauen, mit ökologisch ebenso wie mit konventionell arbeitenden Landwirten. Gerade bei Themen, die häufig zu Konflikten zwischen Naturschutz, Tierschutz und Landwirtschaft führen, kann dies für alle Beteiligten bereichernd sein und Sichtweisen schärfen oder neue eröffnen. Hierzu entstand im Jahr 2016 als zusätzlicher Baustein das Format der ‚BUND-Landpartie‘, bei sich Agrar-Aktive des BUND auf Hofbesuche begeben. Mehrere Kreisgruppen führen nun ihrerseits Landpartien durch und befördern damit vor Ort den Austausch. Unser Dank gilt allen Landwirten, bei denen wir zu Gast sein durften!

So zeigte etwa der Besuch auf dem Meierhof in Gütersloh: Eine artgerechte Haltung von Puten ist möglich! Dazu bedarf es Landwirte, die dieses mit Leidenschaft voranbringen, und es bedarf Kunden, die bereit und in der Lage sind, hierfür faire Preise zu zahlen. Andere Haltungsformen, geringere Bestands- und Gruppengrößen, robustere und langsamer wachsende Rassen, anderes Futter. Wir sehen uns in der Auffassung gestärkt, dass ein Umbau der landwirtschaftlichen Tierhaltung notwendig und machbar ist.

➔ www.bund-nrw.de/agrar



© F. Weissenberg/BUND

Wasser ist Leben



Die Lebensgrundlage Wasser zu schützen, dafür tritt der BUND seit seiner Gründung ein. Vor allem die Aktiven des BUND-Landesarbeitskreis Wasser setzen sich für lebendige Gewässer und natürlichen Hochwasserschutz, sauberes Grundwasser, eine gewässerverträgliche Landwirtschaft und gesicherte Trinkwasserversorgung, für bessere Kläranlagen und die Vermeidung gefährlicher Industriechemikalien ein.

Neues Landeswassergesetz

Engagiert hat sich der BUND 2016 am parlamentarischen Endspurt des Landeswassergesetzes beteiligt und noch einzelne Verbesserungen im Gesetz erreicht. So gelten Abgrabungsverbote in Wasserschutzgebieten, strengere Maßstäbe bei der Genehmigung neuer Wasserkraftanlagen und es gibt ein Vorkaufsrecht des Landes für Grundstücke am Gewässer und in Überschwemmungsgebieten. Außerdem sind verbindliche Gewässerkonzepte und Möglichkeiten zur Ausweisung von Gewässerrandstreifen festgeschrieben; kritisch sehen wir allerdings die vielfachen Schlupflöcher und Ausnahmen. Der BUND wird die Wirkung des neuen Gesetzes in der Praxis sorgsam beobachten und bewerten.

Neue Stoffe und altbekannte Probleme

Der Schutz des Grundwassers genießt beim BUND einen hohen Stellenwert. Ein besonderes Augenmerk

gilt dabei altbekannten Problemstoffen. Aber auch neue Stoffe drohen zu den Altlasten von morgen zu werden.

Der BUND macht auch hier Druck und fordert Aufklärung: So wurden in NRW bisher fast 100 Fälle von Grundwasserverschmutzungen mit perfluorierten Verbindungen (PFT) bekannt, die allermeisten verursacht durch Feuerlöschschäume, eingesetzt bei Bränden oder auch nur bei Übungen. Die Wirkungen dieser schwerabbaubaren und giftigen Stoffe wurden von der Industrie verharmlost und über 50 Jahre flächendeckend eingesetzt – jetzt muss der Steuerzahler für die kostenträchtigen Sanierungen aufkommen. Mit Blick auf die spektakuläre PFT-Belastung des Grundwassers unter dem Düsseldorfer Flughafen mit Auswirkungen auf Trink-



© BUND-Archiv

wasserbrunnen der Stadt Duisburg waren die BUND-Gewässerschutzexperten gefragte Ansprechpartner für die Medien.

Mittlerweile sind die alten Stoffe in Feuerlöschschäumen zwar weitgehend verboten – was aber macht die Industrie? Sie konzipiert ständig neue Stoffe, aber immer noch auf Fluorbasis und daher schwer abbaubar. Deren Auswirkungen auf die Umwelt sind weitgehend unbekannt. Recherchen des BUND zeigten aber, dass es mittlerweile hoch wirksame Feuerlöschschäume gibt, die absolut fluorfrei und biologisch abbaubar sind. Nach analytischer Überprüfung und weiteren intensiven Recherchen hat der BUND diese den Herstellern von Feuerlöschern vorgestellt und auf Umrüstung gedrängt. Zahlreiche Anwender, unter anderem die Firma Remondis, haben mittlerweile reagiert und diese Forderung umfassend in ihren Anlagen umgesetzt.

Umstrittene Rheinvertiefung

Als Landesverkehrsminister Michael Groschek (SPD) am 11. April 2016 in den Düsseldorfer Rheinterrassen sein ‚Wasserstraßen-, Hafen- und Logistikkonzept des Landes Nordrhein-Westfalen‘ vorstellte, wurde er von Aktivist*innen des BUND und der BI Hafenalarm empfangen. Unter regem Medieninteresse warben die Gewässerschützer*innen für eine Ökologisierung der Binnenschifffahrt.

Aus Umweltsicht kritisch zu bewerten ist insbesondere die geplante Rheinvertiefung. Der neue Bundesverkehrswegeplan sieht vor, eine durchgehende Fahrrinntiefe von mindestens 2,70 m bis Dormagen zu garantieren. Insgesamt sind dafür Steuergelder in Höhe von 201,3 Millionen Euro vorgesehen.



Schwimmender Seminarraum

Die diesjährigen Naturschutztage fand nicht am, sondern auf dem Rhein statt. Gemeinsam mit der Führungsebene der Wasser- und Schifffahrtsbehörde schipperten die BUND-Aktiven von Bonn nach Leverkusen. Die Blicke vom Rhein auf die Siegmündung, das Rheidter Werth, den Godorfer Hafen und die hier geplante Brücke in den Langeler Bogen, die Flittarder Rheinaue und die Baumaßnahmen an der Leverkusener Rheinbrücke gaben reichlich Stoff zum Austausch.

Hinter der Maßnahme verbirgt sich ein gravierender Eingriff in die Gewässerstruktur des Rheins und das entsprechende Ökosystem. Gemeinsam mit den anderen anerkannten Naturschutzvereinen hat der BUND hierzu eine Expertise erarbeiten lassen. Sie kommt zu dem Ergebnis, dass eine Fahrrinnen-Vertiefung des Rheins gegen europäisches Recht verstoßen würde.

Neben des möglichen Eingriffs in die Flussökologie und der Beeinträchtigung geschützter Fischarten wie Maifisch, Nordseeschnäpel oder Lachs wäre eine Vertiefung der Fahrrinne auch mit Folgen auf angrenzende Schutzgebiete verbunden.

Dagegen wird der BUND ebenso weiter kämpfen wie gegen überdimensionierte Hafenneubauprojekte wie in Düsseldorf-Reisholz.

Gefahr durch Makro- und Mikroplastik

Anfang 2016 wurden erstmals genauere Untersuchungen des Rheins auf Mikroplastikgehalte veröffentlicht, die schlagartig deutlich machten, was für einen großen Anteil der Rhein an der Verschmutzung der Meere mit Kunststoff hat. Neben jährlich mindestens 15.000 Kubikmeter überwiegend größerer Plastikabfälle transportiert der Fluss auch etliche Tonnen Mikroplastik aus kosmetischen Produkten, Faserabrieb aus Waschvorgängen, Reifenabrieb etc. in die Nordsee. Diese schädigen unmittelbar die maritime Lebenswelt und gelangen teilweise über die für den Verzehr gefangenen Fische wieder zurück zum Absender, zum Verbraucher.

Auch hier waren unsere BUND Wasserexpert*innen gefordert und mehrfach in bundes- und landesweiten Medien als Interviewpartner gefragt. Bei diesem Thema macht sich auch die Vernetzung und Einbindung der BUND-Aktiven in Bundesarbeitskreisen und ihre Mit-

wirkung in der Internationalen Kommission zum Schutz des Rheins sehr positiv bemerkbar. Hier bringen sie unmittelbar Anregungen für gezielte Untersuchungen aber auch aber auch politische Forderungen zur Ursachenbekämpfung ein.

Ein weites Spektrum

Ein Stiefkind des Gewässerschutzes bleibt dabei das Grundwasser. Deshalb hat der BUND die Broschüre „Steter Tropfen höhlt den Stein“ aufgelegt. BUND-Aktive aus verschiedenen Regionen NRWs beantworten darin Fragen rund um dieses größte Binnengewässer im Land. Die Broschüre bietet einen ersten Überblick zu den ökologischen Besonderheiten des Grundwassers sowie zu Regelungen, Handlungsfeldern, Lösungsmöglichkeiten und Aktionsbeispielen.



Der Einsatz des BUND für mehr Gewässerschutz ist vielfältig: Abgrabungen, Renaturierungen, Chemieunfälle, Wasserkraftanlagen, Mikroverunreinigungen – überall sind die BUND-Expert*innen gefordert. In den



© Ch. Schwier

Medien ist der BUND ebenso regelmäßig präsent, wie als Gesprächspartner ausländischer Delegationen. So können wir zum Beispiel regelmäßig hochrangige chinesische Delegationen in der BUND-Landesgeschäftsstelle in Düsseldorf begrüßen.

www.bund-nrw.de/wasser

Kurs auf lebendige Gewässer – Wassernetz NRW nimmt wieder Fahrt auf!

Das Jahr 2016 startet mit der Botschaft, dass weniger als 10 Prozent unserer Gewässer einen guten ökologischen Zustand erreichen. Umso wichtiger, dass es tatkräftige Mitglieder der Naturschutzverbände gibt, die sich für den Schutz der Gewässer auch weiterhin einsetzen. Seit dem ersten März 2016 werden die Ortsgruppen von BUND, NABU und LNU in NRW wieder durch ein hauptamtliches Beratungsteam des verbändeübergreifenden Projekts Wassernetz NRW fachlich unterstützt. Finanziert wird dieses Angebot bis zum August 2018 durch das Land NRW.

In 42 Terminen besuchten die Fachkräfte Ehrenamtliche vor Ort und informierten darüber, wie die Naturschutzverbände die WRRL qualifiziert begleiten und auch selbst praktisch für die Gewässer aktiv werden können. Zehn BUND-Gruppen wollen die WRRL-Umsetzung nun „selbst in die Hand nehmen“ und Renaturierungsmaßnahmen eigenständig umsetzen.



Um die Umweltziele zu erreichen, ist auch eine fachliche Zusammenarbeit verschiedener Akteure grundlegend. Gemeinsam mit Vertreter*innen des BUND Landesarbeitskreis Wasser und aus den Bereichen Wasserkraft, Fischerei, Wasserwirtschaft und Wissenschaft diskutierten Gewässerschützer*innen darüber, wie Flüsse ökologisch barrierefrei sein können. Das Wassernetz-Seminar in Hagen

brachte hierzu einen Impuls mit Aktionsangeboten auf den Weg. Eine gemeinsame Initiative ergab sich auch aus dem Naturschutztag auf dem Rhein: Der BUND Rhein-Sieg-Kreis lud engagierte Rheinaktive von BUND, BBU, NABU, und Wassernetz NRW zu einem Dialog mit der Bundeswasserstrassenverwaltung ein. Auf der Bereisung zwischen Bonn und Köln tauschten sich die Teilnehmenden zu aktuellen Fragen des Gewässermanagements aus.

www.wassernetz-nrw.de

Besser mobil



© D. Jansen

Lärm, Feinstaub, Stickoxide, CO₂-Emissionen, Flächenverbrauch: Der stetig wachsende Verkehr – ob zu Lande oder in der Luft – führt zu vielen Problemen. Die Weichen für mehr Mobilität auf der einen und weniger Verkehr auf der anderen Seite müssen daher endlich gestellt werden. Deshalb setzt sich der BUND seit Jahrzehnten für eine intelligente Verkehrspolitik ein – und benennt konkrete Schritte, Maßnahmen, Weichenstellungen.

Bundesverkehrswegeplan in der Kritik

Für Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt ist der in 2016 verabschiedete Bundesverkehrswegeplan (BVWP) 2030 „das stärkste Investitionsprogramm für die Infrastruktur, das es je gab“. Auch Landesverkehrsminister Michael Groschek sprach von einem „Feiertag für NRW“. Um die Verkehrswege zu erhalten und auszubauen, will der Bund bis 2030 rund 270 Milliarden Euro bereitstellen. Allein für die mehr als 150 als vordringlich eingestuften NRW-Straßenbauprojekte sollen 13 Milliarden Euro fließen.

Der BUND hingegen kritisierte den BVWP als Angriff auf den Klimaschutz und Paradebeispiel für eine defizitäre Bürger*innenbeteiligung.

Dabei war das Vorhaben durchaus ambitioniert gestartet. Erstmals war an der Aufstellung des Planes die Öffentlichkeit beteiligt – von der Grundkonzeption über Projektvorschläge bis zum Entwurf, der im Frühjahr für sechs Wochen öffentlich auslag. Erstmals bestand auch die Möglichkeit, als Verband selbst Projektvorschläge einzureichen.

Im Rahmen der Beteiligung der Öffentlichkeit hatte der BUND zusammen mit den anderen Naturschutzverbänden zu allen 187 NRW-Straßenbauvorhaben sowie verschiedenen Wasserstraßen- und Schienenprojekten detailliert Stellung genommen. Zudem wurden zu ausgewählten Fernstraßenprojekten (z.B. B 64, B 62/508, Eifelautobahn A 1, BAB 3, BAB A 46, BAB A 445) umweltfreundliche und kostengünstige Alternativen erarbeitet.

Nichts davon ist letztendlich berücksichtigt worden, die Bürgerbeteiligung entpuppte sich als Farce.

Unser Land bleibt damit bundesweit einsame Spitze beim Straßenneu- und Ausbau. Umweltfreundlichere Alternativlösungen wie eine gute Vernetzung von Straße, Schiene, die Förderung von Rad- und Fußverkehr sowie ein ausgereiftes Logistikkonzept kamen unter die Räder. Auch zeitgemäße Formen von Verkehrsmanagement wurden vernachlässigt. Probleme in den Ballungsräumen Nordrhein-Westfalens können aber nur verkehrsträgerübergreifend gelöst werden.

In Zeiten, in denen der NRW-Landesverkehrsminister eine „durchgrünte Gesellschaft“ kritisiert, ist die Aufstellung des Bundesverkehrswegeplan jedenfalls ein Paradebeispiel dafür, wie Politikverdrossenheit gesteigert werden kann.

Für den BUND bleibt jetzt nur noch, die aus Umweltsicht schlimmsten Straßenneubauprojekte in den folgenden langwierigen Planfeststellungsverfahren zu bekämpfen und im Zweifel juristisch zu Fall zu bringen.

➔ www.bund-nrw.de/bvwp





Sorgenkind Luftverkehr

Fliegen ist die klimaschädlichste Art der Fortbewegung. Trotzdem boomt die Branche und die Flughafenbetreiber setzen auf Expansion. Der BUND fordert dagegen eine Verkehrsverlagerung auf die Schiene und mahnt das bis heute fehlende NRW-Luftverkehrskonzept an.

Im Rahmen der Landtagsanhörung 2016 stellten wir unsere Eckpunkte für ein effizienteres Flughafensystems vor. Zentrale Punkte sind danach die Verlagerung von Kurzstreckenflügen auf die Schiene und die Einführung von Lärmobergrenzen zur Eindämmung des Fluglärms. Der von verschiedenen Politiker*innen erhobenen Forderung nach einer Verlagerung der Billigflieger von Düsseldorf zu den Regionalflugplätzen erteilte der BUND eine Absage. Damit würde keines der Umweltprobleme durch den zunehmenden Verkehr gelöst.

Dringenden Handlungsbedarf sieht der BUND auch in der Reduzierung der Subventionen der Regionalflughäfen auf null bis 2024, wie es die EU-Kommission fordert. Mit 18 Millionen Euro pro Jahr wird so etwa der Flughafen Dortmund durch die Stadtwerke und den Steuerzahler alimentiert, statt von den Fluggästen kostendeckende Flughafenentgelte zu verlangen.

Auch der Flughafen Niederrhein in Weeze ist ein Dauersubventionsgrab und wird seit 2001 mit verdeckten Subventionen über Grundstücksgeschäfte sowie den Verzicht auf Darlehenszinsen und Forderungen vor der

Insolvenz gerettet. Geht die Entwicklung so weiter, wird unser Land zum „Flugzeugträger für Billigflieger“.

Auf großen Widerstand des BUND stößt vor diesem Hintergrund auch die beantragte Kapazitätserweiterung des Flughafens Düsseldorf. Nordrhein-Westfalen hat mit drei internationalen Flughäfen, sechs Regionalflughäfen und neun Geschäftsflughäfen schon jetzt eine deutliche Überversorgung. Eine Kapazitätserweiterung in Düsseldorf würde letztendlich nur zu einer weiteren Kannibalisierung der Standorte untereinander führen.

Dazu steht das Vorhaben im Widerspruch zu Zielen und Grundsätzen der Landes- und Regionalplanung, wie zum Beispiel der vorgesehenen Verlagerung von Kurzstreckenflügen von der Luft auf die Schiene. Nach BUND-Berechnungen könnten so zum Beispiel 19.900 Flüge ab Düsseldorf wegen der kurzen Entfernung zum Zielort problemlos sofort auf die Schiene verlagert werden.

Auch die vorgelegte Umweltverträglichkeitsstudie weist ebenso erhebliche Mängel auf wie auch die Prüfung der Auswirkungen auf europarechtlich geschützten FFH-Gebiete.

Unterm Strich sind die vorgelegten Antragsunterlagen nicht geeignet, die Auswirkungen der Kapazitätserweiterung auf Menschen und Umwelt zu beurteilen, weshalb der BUND den Abbruch des Verfahrens forderte.

Der BUND bleibt bei diesem Thema auch 2017 am Ball. Als vielgefragter und kompetenter Interviewpartner, als Teilnehmer in Genehmigungsverfahren und auf politischem Parkett werden wir auch weiterhin für eine Ökologisierung des Luftverkehrs werben.

www.bund-nrw.de/luftverkehr



© D. Donner

Mitmachverband BUND

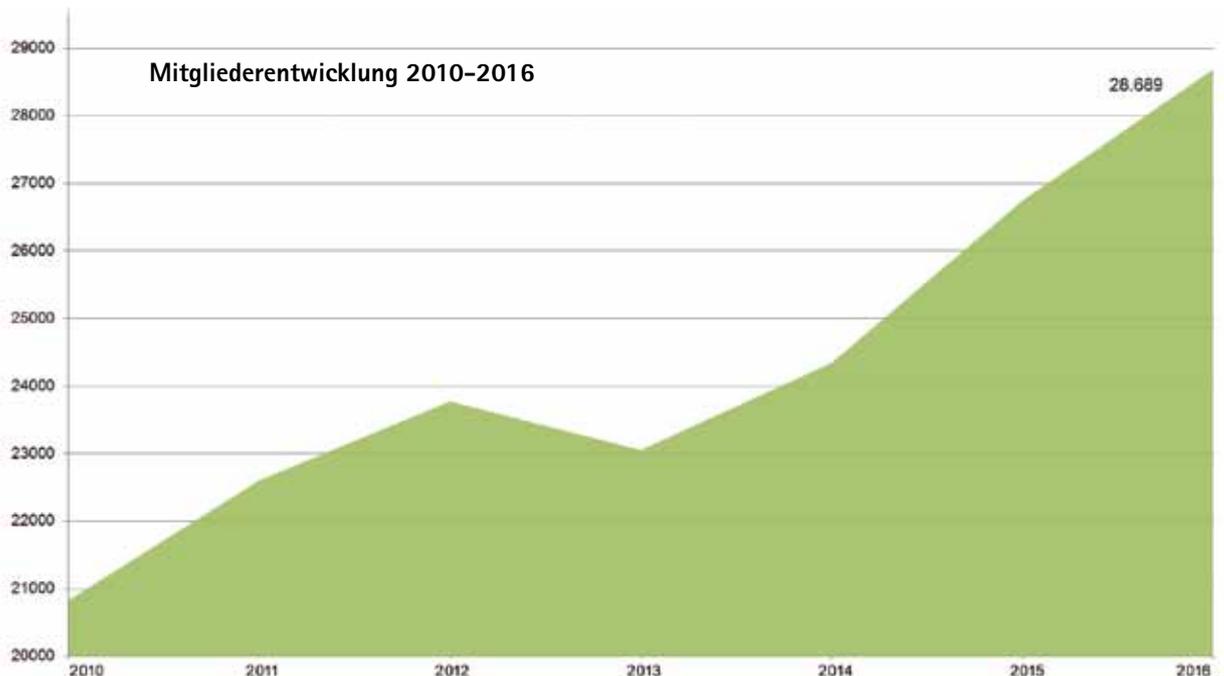


Machen auch Sie mit: Mit handwerklich-praktischem Geschick und anderen Fertigkeiten, mit Freude an griffigen Formulierungen beim Erstellen von Presseinformationen, Faltblättern oder Newslettern, mit Ortskenntnissen, Fachwissen und fundierten Stellungnahmen, als Webmaster*in, Exkursionsführer*in, Kassenwart*in, bei der Leitung von Kinder- und Jugendgruppen oder der Vorbereitung markanter Aktionen, im persönlichen Gespräch am Info-Stand und in anderer Weise. Die Vielfalt unserer Aktiven ist groß, aber eines haben alle gemeinsam: Freude daran, sich zusammen mit anderen einzumischen. Ehrenamtlich, meinungsfreudig, politisch unabhängig und oft mit großer Beharrlichkeit leisten sie Tag für Tag einen unverzichtbaren Beitrag für unsere Umwelt.

Mitentscheiden im BUND

Welche Themen vor Ort konkret angegangen werden, entscheiden BUNDler*innen in unseren Gruppen eigenständig und basisdemokratisch in ihren Mitgliederversammlungen und den regelmäßigen Aktiven-Treffen. Gleiches gilt für unsere landesweiten Arbeitskreise, Projekte und Netzwerke, in denen sich Interessierte überregional zusammenschließen. Ob Windenergie, Verkehrspolitik oder neue Konzepte im Naturschutz: Auch sie führen einen lebendigen Austausch und entwickeln

Umwelt- und Naturschutz leben vom Mitmachen. Ob für kurze Zeit, über viele Jahre hinweg, punktuell vor Ort oder auf Landesebene: Dass wir in den zurückliegenden 40 Jahren zwischen Rur und Weser so vieles mit anstoßen und verändern konnten, ist der Erfolg all derer, die hieran beherzt mitgewirkt haben. Ihnen allen gilt unser großer Dank!



Positionen und Strategien, über die dann gemeinsam demokratisch entschieden wird.

Jüngere Menschen finden sich in der BUNDjugend NRW zusammen, die ebenfalls eigenständig arbeitet, gemeinsam Ideen schmiedet und mit einem großen Angebot an Projekten, Aktionen, Workshops, Camps und Freizeiten, Kinder und Jugendliche an den Umwelt- und Naturschutz heranführt und ihnen Raum für eigenes Engagement bietet.

Auf diese Weise ist über die Jahre hinweg ein starkes und schlagkräftiges Netzwerk gewachsen – ganz wesentlich ermöglicht durch unsere aktuell mehr als 28.600 Mitglieder in Nordrhein-Westfalen und viele weitere, die unsere Arbeit mit ihren Spenden unterstützen und unsere Unabhängigkeit bewahren.

Unterstützung für BUND-Aktive

Wer im BUND aktiv ist, erhält tatkräftige Unterstützung von Landesverband und Arbeitskreisen, BUND-Expert*innen und unserem Bundesverband. Auch Aktive in anderen BUND-Gruppen sind jederzeit ansprechbar und stehen bei Bedarf mit Tipps und Erfahrungen beiseite. Ehrenamtliche können regelmäßig und kostenlos an unseren Fortbildungsangeboten teilnehmen, die nicht allein den Einsatz für Umwelt und Natur befruchten, sondern zugleich für Privates und Berufliches den Horizont erweitern.

Der BUND ist sicherlich auch in Ihrer Nähe. Machen Sie mit?

➔ www.bund-nrw.de/der-bund-nrw/bund-vor-ort



Der BUND feierte Geburtstag

2016 war auch das Jahr unseres 40jährigen Jubiläums. Was 1976 noch unter der Abkürzung „BNU“ mit 11 Gründern startete, ist heute mit fast 29.000 Mitgliedern und Gruppen in fast allen Kreisen und Städten längst die Erfolgsgeschichte eines schlagkräftigen Verbands.

Genau das war ja das Ziel der BUND-Gründung gewesen: ein Naturschutzverband musste her, der auch politisch agierte und auf Landesebene Wirkung entfaltete. Ein Verband, der sich zwar aus dem klassischen Naturschutz rekrutierte, der sich aber als erster dem umfassenden Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen widmen sollte.

So war und ist unser Markenzeichen, Naturschutz und Umweltschutz zu betreiben, für die Vermeidung von Immissionen und gleichzeitig für Alternativen zum Flächenverbrauch einzutreten und den Erhalt der biologischen Vielfalt ebenso konsequent voranzutreiben wie die Energiewende.

Unseren runden Geburtstag feierten wir dann auch gleich dreimal: am rundum gelungenen Vorabend unserer Landesdelegiertenversammlung im Mai in Gelsenkirchen, mit unserem schon traditionellen Sommerfest im Juli – diesmal auf dem Hagener Marienhof – sowie am Freitagabend der Bundesdelegiertenversammlung im November, die wir anlässlich unseres Jubiläums nach Bonn einladen konnten. Drei ganz unterschiedliche Lokationen und Programme, bei denen sehr viele BUNDler*innen einmal abseits des Protokolls ihre Erfolge feiern konnten.

Ehrung durch den BUND-Bundesvorsitzenden Hubert Weiger: Die BUND-Urgesteine Dieter Schmalz und Dieter Heide wurden für ihren jahrzehntelangen Einsatz ausgezeichnet.



Anwalt der Natur

Wir verpflichten uns zu Transparenz: Wer für das Gemeinwohl tätig ist, sollte sagen, was die Organisation tut, woher ihre Mittel stammen und wie sie verwendet werden.

Dazu gehört auch, darzulegen, welche Verbandsklagen wir führen. Diese sind für den BUND das letzte Mittel, um als „Anwalt der Natur“ gegen rechtswidrige Vorhaben vorzugehen. Wir gehen mit unseren Klagerechten sehr bewusst um.

Unsere Unabhängigkeit ist unser höchstes Gut. Sie kommt auch darin zum Ausdruck, dass wir keine Gerichtsverfahren wegen Spenden zugunsten des BUND einstellen.

müssen, kann der BUND deshalb als „Anwalt der Natur“ auftreten.

Von dieser Möglichkeit macht der BUND sehr zurückhaltend und bewusst Gebrauch. Zu der von einigen Interessenvertretern befürchteten Klageflut kam es nicht. Die anerkannten Naturschutzverbände bekommen jährlich etwa 800 neue beteiligungspflichtige Genehmigungsverfahren auf den Tisch. In den wenigsten von ihnen kommt es zu einer Klage. Angesichts von etwa 35.000 Klagen die pro Jahr bei den Verwaltungsgerichten in Nordrhein-Westfalen eingereicht werden, machen die Umweltklagen nur einen verschwindend kleinen Anteil aus.

Eine Studie im Auftrag des Umweltbundesamtes bestätigt, dass bereits die bloße Möglichkeit einer Klage dafür sorgt, dass Umweltbelange in Verwaltungsentscheidungen besser berücksichtigt werden. Die BUND-Klagen waren dafür überdurchschnittlich erfolgreich. In fast der Hälfte der Fälle erhielt der BUND ganz oder zumindest teilweise Recht, bzw. die Klage wurde einer außergerichtlichen Einigung zugeführt. Wären einige Klagen nicht unter Verweis auf die inzwischen entfallene so genannte Präklusion abgewiesen worden, wäre die Erfolgsquote vermutlich noch höher. Vor NRW-Verwaltungsgerichten hatten ansonsten 2014 weniger als 4 Prozent der sonstigen Klagen Erfolg.

Derzeit noch offene Verfahren:

- Immissionsschutzrechtliche Genehmigung für Uniper Kohlekraftwerk Datteln IV: Die Klage richtet sich gegen die von der Bezirksregierung Münster am 19. Januar 2017 erteilte neue immissionsschutzrechtliche Genehmigung zur Errichtung und dem Betrieb des seit einem Jahrzehnt umkämpften Kohlemeilers.
- Befreiung von den Festsetzungen des Landschaftsplanes für den Abbruch und Neubau des Horstmannstegs in Hennef (Rhein-Sieg-Kreis): Am 19.12.2016 hat der BUND NRW gegen die vom Rhein-Sieg-Kreis erteilten Befreiungen von den Festsetzungen des Landschaftsplanes für den Abriss des alten Horstmannstegs und den Neubau einer Brücke mitten in einer ganzen Schutzgebietsansammlung Klage vor dem Verwaltungsgericht in Köln erhoben.
- Braunkohletagebau Hambach: Im März 2015 hat der BUND beim Verwaltungsgericht Köln Klage gegen die Zulassung des dritten Rahmenbetriebsplans zur Fortführung des Tagebaus Hambach von 2020 bis 2030 eingereicht. Der BUND bemängelt insbesondere Verstöße gegen



Verbandsklagen

In Nordrhein-Westfalen steht den anerkannten Naturschutzvereinigungen seit dem Jahr 2001 die natur-schutzrechtliche Verbandsklage zur Verfügung; flankiert von den Rechtsschutzmöglichkeiten bei Verletzung von Beteiligungsrechten und den Möglichkeiten nach dem Umweltrechtsbehelfsgesetz seit dem Jahr 2006.

Damit kann auch der BUND gegen bestimmte Zulassungsentscheidungen die so genannte Verbandsklage erheben. Ohne eine direkte Betroffenheit nachweisen zu



den Artenschutz und eine fehlende Umweltverträglichkeitsprüfung.

- Bebauungsplan für das Uniper-Steinkohlekraftwerk Datteln IV: Um das Vorhaben trotz des vom BUND zuvor durchgesetzten Scheitern vor Gericht doch noch zu realisieren, beschloss der Rat der Stadt Datteln im Mai 2014 einen neuen vorhabenbezogenen Bebauungsplan. Gegen diesen hat der BUND ein Verfahren auf Normenkontrolle eingeleitet.

Außerdem ist noch eine Klage gegen einen Planfeststellungsbeschluss zur Errichtung eines Hafens am Dortmund-Ems-Kanal sowie für die Umgestaltung des Ölmühlenbaches seit Mai 2007 anhängig. Über diese Klagen wurde bis heute noch nicht entschieden.

- Errichtung eines Bestattungswaldes im Naturschutzgebiet „Wald an der Burg Heimerzheim“, Rhein-Sieg-Kreis: Mit Klageerhebung vom 15.11.2015 beim VG Köln greift der BUND die Erteilung einer Befreiung von den Ge- und Verboten des Naturschutzgebiets (NSG) „Wald an der Burg Heimerzheim“ zu Gunsten der Nutzung des Schutzgebiets als Bestattungswald an.
- Trianel Kohlekraftwerk Lünen: Der BUND hatte zum Jahresende 2014 beim Oberverwaltungsgericht in Münster zwei neue Klagen gegen das Trianel-Kohlekraftwerk Lünen eingereicht. Die Klagen richten sich gegen die wasserrechtliche und immissionsschutzrechtliche VGenehmigung. Am 16. Juni 2016 hat das OVG Münster die BUND-Klage gegen die immissionsschutzrechtliche Genehmigung abgewiesen, nachdem Trianel zahlreiche Verbesserungen umgesetzt hatte;

eine Revision wurde nicht zugelassen. Dagegen hat der BUND Beschwerde eingelegt.

- Neubau B 474 - Ortsumgehung Datteln, Kreis Recklinghausen: Am 17. Januar 2013 wies das Oberverwaltungsgericht Münster eine Klage des BUND aus dem Jahre 2009 gegen das Vorhaben ab. Nach erfolgreicher Revisionsnichtzulassungsbeschwerde hob das Bundesverwaltungsgericht das Urteil auf und verwies die Klage erneut zur Behandlung an das OVG zurück. Dieses wies die Klage am 29. März 2017 erneut zurück; eine Revision wurde nicht zugelassen. Nach Vorlage der Urteilsbegründung wird der BUND entscheiden, ob dagegen Beschwerde eingelegt wird.

➔ Eine komplette Übersicht aller BUND-Klagen, Eilanträge, Verbandsklagen, Verfassungsbeschwerden und Klagen nach dem Umweltrechtsbehelfsgesetz, die in den letzten Jahren geführt wurden bzw. werden finden Sie unter www.bund-nrw.de/verbandsklagen

Unsere Finanzen

Politische Unabhängigkeit setzt Unabhängigkeit im finanziellen Bereich voraus. Die klare politische Linie des BUND in Nordrhein-Westfalen ist nur möglich, weil der Landesverband keine institutionelle Förderung erhält, im Kernbereich keine Projektmittel einsetzt und auf zweifelhafte Spenden verzichtet. Lediglich das in der Rechtsform einer GbR organisierte und damit selbstständige Landesbüro der Naturschutzverbände in Oberhausen – Träger der GbR sind neben dem BUND die LNU und der NABU – erhält regelmäßige direkte Zuweisungen aus dem Landeshaushalt hauptsächlich für die Koordination der Stellungnahmen bei Beteiligungsverfahren.

Woher kommen die BUND-Mittel?

Die wichtigsten und verlässlichsten Einnahmen des BUND-Landesverbands NRW sind mit einer Summe von insgesamt rund EUR 770.100 die Beiträge der 28.689 Mitglieder in NRW. Dies ist die zentrale Basis für unabhängige zukunftsorientierte Natur- und Umweltschutzarbeit auf hohem fachlichem Niveau, kontinuierliche qualifizierte Öffentlichkeitsarbeit und die Realisierung innovativer Projekte.

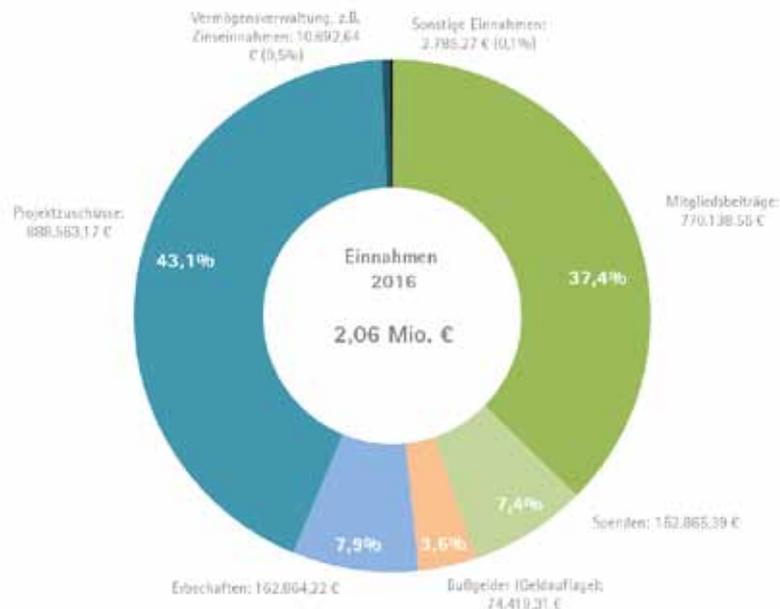
Hinzu kommen Spenden, die zumeist zweckgebunden für bestimmte Projekte eingehen. Die Summe der Spenden schwankt von Jahr zu Jahr vom Betrag her sehr viel stärker als die Mitgliedsbeiträge. Weitere Einnahmen, die noch schwieriger zu planen sind, resultieren aus Bußgeldern und Erbschaften.

Die Projektzuschüsse stammen im Wesentlichen aus Förderungen, die der BUND NRW für seine landesweiten Projekte „Wassernetz“, für das Projekt zur Begleitung des Bundesverkehrswegeplans, das Projekt zum Thema flächenbezogener Naturschutz sowie eine große Anzahl von dezentralen Projekten und Verbandsklagen der Kreis- und Ortsgruppen beantragt und erhalten hat. Förderinstitutionen für Natur- und Umweltschutzprojekte waren das NRW-Umweltministerium, die Stiftung Umwelt und Entwicklung Nordrhein-Westfalen (SUE), die NRW-Stiftung, die Natur- und Umweltschutzakademie NRW (NUA) sowie einige kleinere Stiftungen und Organisationen.

Die Einnahmen aus Vermögensverwaltung sind überwiegend Zinseinnahmen, zum Beispiel aus der Beteiligung an Photovoltaikanlagen. Gemeinsam mit seinen Kreisgruppen legt der Landesverband seine Mittel zu einem Teil in Form von Beteiligungen an Modellprojekten (Upländer Bauernmolkerei, Märkischer Landmarkt oder der internationalen Genossenschaft fairPlanet) an und unterstützt damit diese Projekte.

Wofür der BUND seine Mittel einsetzt

Mehr als 1,03 Million Euro flossen 2016 unmittelbar in Natur- und Umweltschutzprojekte, Fach- und Lobbyarbeit, Aktionen oder Presse- und Öffentlichkeitsarbeit. Hinzu kamen weitere rund EUR 302.900, die an die BUNDgruppen und BUNDjugend NRW weiter geleitet und dann ebenfalls für umweltpolitische Arbeiten und



Naturschutzprojekte vor Ort eingesetzt wurden. Zusammen sind das etwa 65 Prozent der Gesamtausgaben des BUND NRW, die unmittelbar Natur und Umwelt zugutekommen.

Die Unterstützung und Betreuung der zahlreichen ehrenamtlichen Aktiven bei ihren Projekten und Aktivitäten sowie der ehrenamtlichen Gremien, in denen ein Großteil der Facharbeit des Verbandes stattfindet, schlug mit insgesamt etwa EUR 132.800 zu Buche.

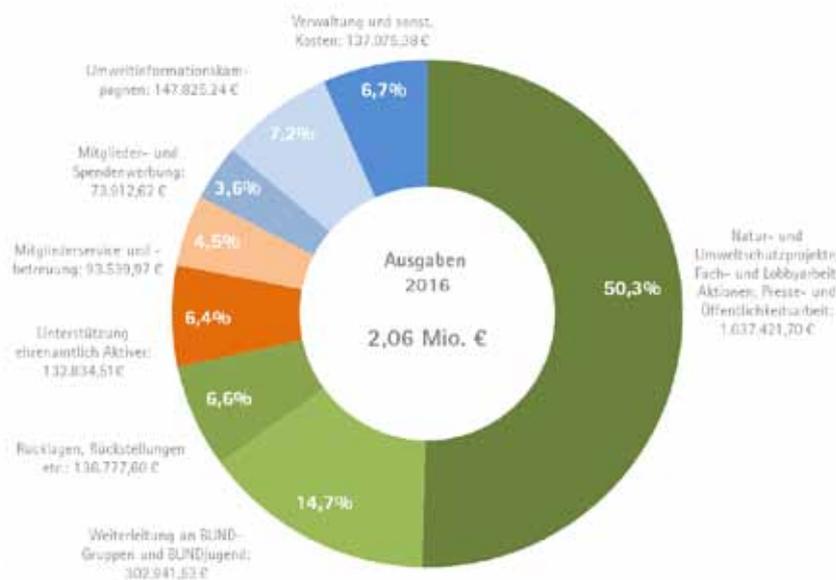
Bei den Ausgaben für den Mitgliederservice handelt es sich überwiegend um die Erstellung und den Versand der Mitgliederzeitschrift BUNDmagazin mit dem Einhefter NRWinfo mit speziellen Informationen aus

Nordrhein-Westfalen. Hinzu kommt die Beantwortung vieler fachlicher Anfragen aus der Mitgliedschaft zu diversen Umweltthemen. Für den Mitgliederservice gab der Landesverband rund EUR 93.500 aus.

Für Umweltinformationskampagnen setzte der Landesverband etwa EUR 147.800, für Spenden- und Mitgliederwerbung rund EUR 73.900 ein. Die Rückstellungen und Rücklagen konnten um etwa EUR 136.700 erhöht werden.

Die Kosten für Verwaltung und sonstige Kosten lagen bei etwa 6,7 Prozent.

➔ www.bund-nrw.de/finanzen



BUND-Stiftung rettet Natur

Die BUND NRW Naturschutzstiftung konnte im Jahr 2016 weitere Flächen erwerben und damit dauerhaft für den Naturschutz sichern.

Die Stiftung erhielt eine etwa 4.500 qm große Wiese in Siegburg Eischeid auf dem Wege einer Schenkung. Die Fläche liegt im Landschaftsschutzgebiet, ist als geschütztes Biotop ausgewiesen und beherbergt Sumpfdotterblumen, Waldengelwurz und Rohrkolben. Mit Förderung der NRW-Stiftung wurden im Rahmen des Projekts „Obstwiesenlandschaft Bornheim“ zwei weitere Flächen in Roisdorf erworben. Die Grundstücke sind zusammen gut 11.000 qm groß und dienen als Trittsteine zwischen den Naturschutzgebieten „Quarzgrube Brenig“, „An der Roisdorfer Hufebahn“ und „Kiesgrube am Blutpfad“. Und schließlich erhielt die BUND NRW Naturschutzstiftung als Schenkung etwa 22.000 qm landwirtschaftliche Flächen in Hennef Adscheid und Blankenberg. Alle neu erworbenen Flächen werden zukünftig von der Kreisgruppe Rhein-Sieg gepflegt.

Die BUND NRW Naturschutzstiftung unterstützte das Projekt Naturoase der Ortsgruppe Soest mit einer Summe von 1.000,- Euro und wählte mit fachlicher Begleitung und in enger Abstimmung mit der Arbeitsgemeinschaft Rheinisch-Westfälischer Lepidopterologen e.V. als Schmetterling des Jahres 2016 die Goldene Acht aus.

➔ www.bund-nrw.de/bund-nrw-naturschutzstiftung



Es geht um unsere Zukunft...

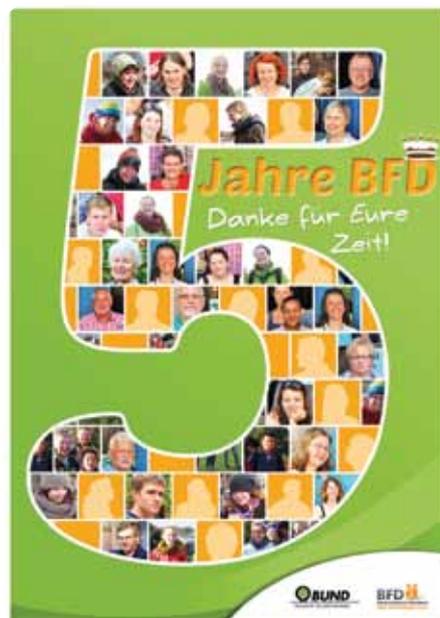
... und die nehmen wir selbst in die Hand! Wir glauben an eine Zukunft, die wir durch unseren Einsatz, durch unsere Kampagnen, Aktionen und Projekte mitgestalten und verändern können! Wir setzen uns ein für Themen wie gesunde Ernährung, Klimaschutz, 100% Erneuerbare Energien, für eine gerechte Globalisierung und ein solidarisches Miteinander.

Naturtagebuch Landeswettbewerb NRW

Auch 2016 sind wieder viele Kinder von 8 und 12 Jahren raus in die Natur gegangen, um einen Ort oder ein Objekt in ihrer Umwelt ganz intensiv zu beobachten. Ihre Beobachtungen haben die Kinder in Form von Berichten, Fotoserien, Gedichten etc. in einem Naturtagebuch zusammengefasst. Viele der Kinder haben damit am Naturtagebuch Landeswettbewerb der BUNDjugend NRW teilgenommen, die jedes Jahr die besten Naturtagebücher auf einer großen Preisverleihung prämiert.

Begleitend zum Naturtagebuch-Wettbewerb oder auch unabhängig davon bietet die BUNDjugend seit 2016 auch Manfred Mistkäfer Mitmachkisten zu den Themen "essbare Wildkräuter", "entdecke den Boden" und "auf Spurensuche". Die Kisten können von Privatpersonen, Gruppen und Schulklassen kostenfrei bei der BUNDjugend bestellt werden. Sie bestehen jeweils aus verschiedenen Materialien und Werkzeugen, die Kinder bei ihren Entdeckungen unterstützen, und umfangreichen Begleitbroschüren mit vielen Tipps, Aktionen, Anleitungen und Rezepten.

➔ www.bundjugend-nrw.de/projekt/779



Fünf Jahre Bundesfreiwilligendienst

Zeit für Umwelt – unter diesem Motto steht der Bundesfreiwilligendienst (BFD) beim BUND, der 2016 sein fünfjähriges Jubiläum feierte. Fünf Jahre, in denen viel passiert ist und der BFD als ein Element der Verbandsentwicklung kontinuierlich weiterentwickelt werden konnte. Bis heute haben über 1.300 Freiwillige ihren BFD beim BUND absolviert, und es werden stetig mehr.

Im BFD, als Freiwilligendienst mit Bildungsauftrag, werden Jung wie Alt für einen Zeitraum von 6 bis 18 Monaten für den Umweltschutz aktiv und erhalten zugleich Qualifizierung in verschiedenen Kompetenzbereichen: Seminare zur Postwachstumsgesellschaft von morgen, zu Windkraft und Naturschutz, zur Gründung von Kinder- und Jugendgruppen... für alle ist etwas dabei. Dabei verknüpfen die Seminare die Themen des BUND mit Kompetenzen wie Kommunikation, (Büro-)Organisation, Umweltbildung und Kampagnenfähigkeit.

Für den BUND NRW bietet die bei der BUNDjugend ansässige BFD-Regionalstelle Nord-West die Möglichkeit, bedarfsgerechte und interessante Qualifizierungsangebote für BFDler*innen und weitere Aktive des Verbandes anzubieten. Zugleich leistet die Regionalstelle eine intensive Betreuung der Freiwilligen und Einsatzstellen – auch 10 Gliederungen des BUND NRW sind bereits Einsatzstellen des Bundesfreiwilligendienstes.





© BUNDjugend NRW

Einfach ganz ANDERS – Sieben Jahre „Nachhaltigkeit an Ganztagschulen“

2016 blickte die BUNDjugend auf sieben Jahre des Projekts „Einfach ganz ANDERS – Ganztagschulen für mehr Nachhaltigkeit“ zurück – sieben Jahre einfach ganz andere Themen behandeln, einfach ganz anderen Unterricht gestalten und einfach ganz andere Diskussionen in Gang bringen. Ganz anders war und ist auch die Trägerschaft des von der Stiftung Umwelt und Entwicklung NRW geförderten Vorhabens als Kooperationsprojekt von BUNDjugend und Eine Welt Netz NRW. Hierdurch fließen sowohl die entwicklungspolitische Perspektive als auch der Blickwinkel aus dem Bereich des Umwelt- und Naturschutz in das Projekt ein.

Entstanden ist dies 2010 mit dem Ziel, junge Leute, konkret Schüler und Schülerinnen der Sekundarstufe I, für Themen der Nachhaltigkeit zu sensibilisieren und diesen ihre Handlungsmöglichkeiten bewusst zu machen. Um die Jugendlichen in ihrer Lebenswelt abzuholen entstanden Formate wie die Projektwoche „Kleidertauschparty: Jetzt geht's an die Wäsche!“ und der Aktionstag „Fair & Lecker: Die Smoothie-Bar!“. Den Abschluss der entwickelten Bildungsangebote bildet stets eine gemeinsame Aktion, bei der Handlungsalternativen erprobt und anderen präsentiert werden können. Für Jugendliche, die eine eigene Aktion umsetzen möchten, gibt es zudem den Projekttag und das Aktionsheft „Werde Aktivist*in!“.

Um Lehrer*innen und Multiplikator*innen Handwerkszeug für entsprechende Formate der Bildung

für Nachhaltige Entwicklung (BNE) auf den Weg zu geben entstanden im Rahmen des Projekts drei Lernreihen: „Wild, weit, virtuell: Wasserwelt konkret!“, „Krimi, Killer & Konsum – Das etwas andere Klima!“ sowie „Schätze, Erde & Geschäft – Auf dem Boden der Tatsachen!“. Die Lernreihen wurden um Leitfäden mit Konzepten für die Umsetzung der Bildungsangebote ergänzt, von denen drei besonders nachgefragte Formate einer Handreichung zusammengefasst wurden.

Sieben Jahre „Einfach ganz ANDERS“ heißt auch über 250 ausgebildete Multiplikator*innen, 585 Einsatztage – davon gut 150 in 2016, tausende erreichte Schüler*innen, viele neue Erkenntnisse und Diskussionen. Zugleich waren Eine Welt Netz und BUNDjugend NRW im Rahmen des Projekts auf vielen Veranstaltungen der Bildungslandschaft präsent und haben für die Umsetzung von BNE an Ganztagschulen geworben. Um die Bildung für Nachhaltige Entwicklung und letztlich eine nachhaltige Ausrichtung von Schule und Gesellschaft voran zu bringen, machen sich die Verbände weiterhin für die Umsetzung von BNE an Schulen stark. In diesem Sinne setzen wir uns z. B. für BNE-Fortbildungen für Lehrer*innen und pädagogische Fachkräfte ein und bringen beharrlich unsere Themen und Konzepte in die Schulen.

➔ www.bundjugend-nrw.de/projekt/einfach-ganz-anders/

Skill-Sharing-Camp MaStaMo

MaStaMo steht für „Machen statt Motzen!“ – der Name ist zugleich Motto und Programm des seit drei Jahren stets zu Fronleichnam stattfindenden Skill-Sharing-Sommercamps der BUNDjugend. Anfang Mai 2016 kamen hierzu über 100 größtenteils junge Menschen auf dem Lernbauernhof Schulte-Tigges in Dortmund zusammen, die auf dem Camp in ungezwungener und freundschaftlicher Atmosphäre Gast und Gastgeber*in zugleich waren. In dem Wissen, dass das Wachstumsdogma, das ewige Größer, Mehr und Weiter nicht nachhaltig ist, und vor dem Hintergrund des von Macht- und Konkurrenzdenkens geprägten Zusammenlebens bietet das MaStaMo Raum, Alternativen zu erproben und für einige Tage eine Wunschgesellschaft zu leben. So stand bei strahlendem Sonnenschein das Teilen von Wissen, Fähigkeiten, Ressourcen und Verantwortung im Vordergrund. Gemeinsam wurde im morgendlichen Plenum das Programm für den jeweiligen Tag entwickelt, bei dem jede*r nach Lust und Laune eigene Workshops verwirklichen konnte. Dabei ging es zum Beispiel praktisch um das Thema Ernährung und die solidarische Landwirtschaft. Ebenso gab es aktivistisch motivierte Workshops, inhaltlichen Input und Diskussionen rund um den Gesellschaftswandel sowie eine Vielzahl kreativer und gemeinschaftsbildender Aktivitäten. Aufgaben wie die Zu- und Vorbereitung der Mahlzeiten, die Moderation der Plena oder das Leeren der Kompostklos wurden täglich neu auf viele motivierte und zuverlässige Schultern verteilt.

➔ www.bundjugend-nrw.de/mastamo

Multi-Schulung Flucht

Viel wird in Deutschland über Menschen auf der Flucht gesprochen, jedoch wenig mit ihnen. Um diesem Missstand zu begegnen und dem eklatanten Mangel an Referent*innen mit Fluchtgeschichte entgegen zu wirken, startete die BUNDjugend im Juni 2016 ein deutschlandweit bislang einmaliges Projekt: Mit einer siebenmonatigen Qualifikation, der „Multi-Schulung Flucht“, bildete sie 25 junge Menschen mit und ohne Fluchtgeschichte dazu aus, Workshops und Projekttag zu den Themen Flucht, Migration und Umwelt durchzuführen.

Die inhaltliche und didaktische Schulung umfasste unterschiedliche Themen wie Fluchtursachen und Diskriminierung ebenso wie Methoden politischer Bildungsarbeit. Ein besonderer Schwerpunkt der Qualifizierung lag auf den Zusammenhängen zwischen unserem Leben und Wirtschaften einerseits und den Fluchtursachen andererseits. Die Schulung von Menschen mit unterschiedlichen Erfahrungsschätzen, von Geflüchteten und Nicht-Geflüchteten förderte ein vielseitiges Verständnis der Fluchtproblematik und das Wissen über globale Zusammenhänge ebenso wie gegenseitige Empathie.

In gemischten Tandems führten die frisch qualifizierten Referent*innen anschließend Projekttag an Schulen ab der achten Jahrgangsstufe durch – mit überwältigender Resonanz.





Sta(d)tt-Garten Hagen

Seit zwei Jahren gedeiht in der Hagener Innenstadt der Sta(d)tt-Garten – ein Kooperationsprojekt der BUNDjugend mit der Evangelischen Jugend im Kirchenkreis Hagen. Auch 2016 konnten viele Kinder und Jugendliche dort spannende Dinge erleben: In Hochbeeten wurden Radieschen, Möhren, Kartoffeln, Salat, Fenchel, Kohlrabi und vieles mehr angepflanzt. Hier konnten Kinder leckere Früchte und duftende Kräuter probieren oder sich blaue Kartoffeln schmecken lassen. Die Kräuterspirale bot dabei die rechte Würze, um frischen Kräuterquark zusammen mit den eigenen Radieschen zu genießen und dabei zugleich die Vielfalt an Kräutern mit ihrem Geschmack und Geruch kennenzulernen. Für viele Kinder und Jugendliche aus der Hagener Innenstadt war es eine besondere Erfahrung das Gemüse zu ernten, direkt zu naschen oder zu leckeren Gerichten zu verarbeiten.

Neben den praktischen gärtnerischen Erfahrungen geht und ging es im Sta(d)tt-Garten um die Erfahrung, dass Obst und Gemüse nicht im Supermarkt wachsen, um regionale und saisonale Ernährung und unser Konsumverhalten im Allgemeinen. Durch die eigene Ernte und Verarbeitung wurde auch das Thema gesunde Ernährung im Projekt angesprochen. Und auch kreativ ging es zu, als die vorhandenen Hochbeete mit Farbe versehen und NaturKunst-Aktionen durchgeführt wurden.

Nicht zuletzt bietet der Sta(d)tt-Garten Hagen Kindern und Jugendlichen Möglichkeiten, die Stadtnatur kennenzulernen und die Bedeutung von Lebensräumen für Tiere und Pflanzen zu erforschen. Dazu wurden neben Nutzpflanzen gezielt Nahrungspflanzen für Schmetterlinge, Bienen und Co. gepflanzt. So dient der Sta(d)tt-Garten vielen Kinder und Jugendlichen als toller Erfahrungs- und Lernort. Neben Einzelaktionen für Kinder und Jugendliche der Innenstadt wurden Angebote mit Jugendzentren und andere Träger der Jugendhilfe durchgeführt. Durch diese Aktivitäten entsteht eine in vielerlei Hinsicht fruchtbare Vernetzung der Kinder- und Jugendarbeit vor Ort. Mit dieser Zielrichtung wird das Vorhaben durch den Kinder- und Jugendförderplan des Landes gefördert.





© Herbert Grabe

Herzlichen Dank

Zahlreiche Spenderinnen und Spender haben uns im vergangenen Jahr unterstützt – neben den vielen bundesweit ehrenamtlich Aktiven, die unsere Projekte mit viel Herzblut begleiten und voranbringen.

Diese Hilfe ermöglicht es uns, unabhängig, nachhaltig und kontinuierlich für den Natur- und Umweltschutz einzutreten.

Dankbar sind wir auch all jenen, die den BUND NRW mit einer Erbschaft oder einem Vermächtnis bedacht haben.

Ihr Vertrauen und Ihre Spenden sind die Voraussetzung für unsere Erfolge. Bitte helfen Sie uns auch weiterhin!

➔ www.bund-nrw.de/spenden

IMPRESSUM

Herausgeber:

Bund für Umwelt
und Naturschutz Deutschland
Landesverband
Nordrhein-Westfalen e.V.
Merowingerstr. 88
40225 Düsseldorf
Tel.: 0211/302005-0
Fax: -26,
e-Mail: bund.nrw@bund.net

V.i.S.d.P.:

Holger Sticht,
Landesvorsitzender

Redaktion, Text & Layout:

Dirk Jansen

Beiträge:

Dr. Jochen Behrmann,
Ralf Bilke,
Jan Breuer,
Dr. Judith Förster,
Stefan Förster,
Paul Kröfges,
Kristin Mindemann,
Christian Schweer,
Holger Sticht,
Dr. Christine Thiel-Bender

BUND-Spendenkonto:

Bank für Sozialwirtschaft
GmbH Köln
IBAN: DE26 3702 05000008204700
BIC: BFSWDE33XXX

Druck: TIAMAT, Düsseldorf

Nachdruck oder sonstige
Verwertung nur mit
Genehmigung des
BUND NRW e.V.

Der BUND im Internet:

www.bund-nrw.de

Düsseldorf, Mai 2017



Mehr Infos: www.bund-nrw.de